



Presseschau vom 21.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zur Ukraine-Krise: Sabotageakte / Tote unter Zivilisten / Debatte zur Anerkennung von DVR und LVR in Russland

Die Vorwürfe des Westens gegenüber Russland beherrschen seit Tagen das weltpolitische Klima. Die US-Regierung prophezeit eine "russische Invasion" der Ukraine, und Moskau dementiert dies stets erneut. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9>

de.rt.com: Ukraine: Maidan-Propagandist verprügelt Oppositionellen während Livesendung

"Prorussische" Oppositionelle haben es in der Ukraine derzeit nicht leicht. Seit der Abschaltung aller oppositionellen Fernsehsender kommen prorussische Stimmen in Fernsehsendungen nur noch selten zu Wort. Werden sie dennoch eingeladen, müssen sie sich häufig gegen eine aggressive Pro-Maidan-Clique durchsetzen. ...

<https://kurz.rt.com/2tts>

snanews.de: Verzichtet Ukraine auf atomwaffenfreien Status? Experten sprechen von „Bluff“ und „Erpressung“

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski hat mit der Revision des Memorandums von Budapest gedroht, wonach sich das Land zum atomwaffenfreien Status bekennt. Die von SNA

angesprochenen Experten zogen in Zweifel, dass die europäischen Länder eine solche Entscheidung unterstützen werden. Kiew unterstellten sie „Bluff“ und „Erpressung“. ...

<https://snanews.de/20220220/ukraine-atomwaffenfreien-status-bluff-erpressung-5443076.html>

G.A. Sjuganow: Es ist an der Zeit, die Aktionen der NATO zur Faschisierung der Ukraine zu stoppen

Die Situation an der Grenze zwischen der Ukraine und den Republiken des Donbass ist bis zum Äußersten eskaliert. Die bewaffneten Formationen der ukrainischen Seite verstärken den Beschuss der Gebiete der DVR und der LVR, was eine Massenevakuierung der Bevölkerung erforderlich macht. Gleichzeitig verschärft sich der Informationskrieg des Westens und der pro-westlichen und nationalistischen ukrainischen Medien gegen Russland. Die Situation ist ein direkter Hinweis auf eine enge Koordinierung von militärischen Provokationen und Informationsangriffen. ...

<http://wpered.su/2022/02/21/g-a-sjuganow-es-ist-an-der-zeit-die-aktionen-der-nato-zur-faschisierung-der-ukraine-zu-stoppen/>

Tom Fowdy: China und Russland sollten Großbritannien höchstens noch als traurigen Witz wahrnehmen

Kein Wunder, dass Peking und Moskau über Großbritannien irritiert sind. Durch die Post-Brexit-Außenpolitik überschätzt das Land seine eigene Bedeutung. Brexit-Britannien ist zu einer Farce seiner selbst geworden. Das Land verdient nicht, auf der internationalen Bühne ernst genommen zu werden. ...

<https://kurz.rt.com/2toi>

Ilona Pfeffer: Beweislast liegt bei den Anklägern – Wie im Westen eine russische Invasion heraufbeschworen wird

In einem aktuellen Beitrag auf ihrem Blog beklagt die australische Journalistin Caitlin Johnstone, dass Großbritannien und die USA mit unbewiesenen Behauptungen den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine anheizen. ...

<https://snanews.de/20220221/im-westen-invasion-russlands-5452486.html>

Rainer Rupp: Ukraine droht NATO mit Wiederanschaffung von Atomwaffen

Kiew will in die NATO, jetzt, sofort! Sonst will Präsident Selenskij Atombomben entwickeln. Das ginge aber nicht ohne verbotene westliche Hilfe. Sie würde gegen den Nichtweiterverbreitungsvertrag verstoßen. Mit seiner Atombomben-Schnapps Idee droht Selenskij der NATO also mit viel Ärger, wenn er nicht bekommt, was er wirklich will: Mehr Waffen und vor allem mehr Geld. ...

<https://kurz.rt.com/2tuz>

Rüdiger Rauls: Der Westen hat keinen Plan zur Bewältigung der Krise

Im Konflikt mit Russland hat der Westen schon viele Register gezogen. Mit der ständigen Verschärfung seiner Androhungen und Maßnahmen kommt er aber nicht voran. Denn nicht die Auswahl der richtigen Mittel ist sein Problem, sondern das Ziel. Was will der Westen mit seiner Politik gegenüber Russland erreichen? ...

<https://kurz.rt.com/2tvj>

abends/nachts:

novorosinform.org: Das Büro des Bürgermeisters von Lugansk hat die Informationen über die Einstellung des öffentlichen Verkehrs dementiert

Zuvor hatte es in sozialen Netzwerken Informationen über den angeblich von den Behörden

erlassenen Betriebsstopp von Stadtbussen gegeben.

Die Stadtverwaltung von Lugansk hat die in sozialen Netzwerken verbreiteten Informationen über die Einstellung des öffentlichen Verkehrs in der Hauptstadt der LVR ab dem 21. Februar dementiert.

"Die Verwaltung von Lugansk informiert die Bürger über die Diskrepanz zwischen der Realität und den in der Bevölkerung verbreiteten Informationen über die Einstellung des Betriebs des öffentlichen städtischen Personenverkehrs ab Montag, dem 21. Februar", heißt es in der Erklärung auf der offiziellen Website der Stadtverwaltung.

Die Stadtverwaltung betonte, dass die Infrastruktur und alle Lebenserhaltungssysteme der Hauptstadt der LVR normal funktionieren.



https://novorosinform.org/content/images/94/63/39463_720x405.jpg

snanews.de: **Volksrepublik Donezk meldet Gegenfeuer auf Feuernester ukrainischen Militärs**

Die Einheiten der selbsternannten Volksrepublik Donezk (DVR) haben gezwungenermaßen das Gegenfeuer mit den vom Minsker Abkommen nicht verbotenen Waffen auf die Feuernester der ukrainischen Streitkräfte eröffnet, teilte ein Sprecher der Volksmiliz der DVR am Sonntag gegenüber Reportern mit.

„Um die Zivilbevölkerung zu schützen, waren unsere Verteidiger gezwungen, das Feuer mit Waffen zu erwidern, die nicht durch die Minsker Vereinbarungen verboten sind, wobei die feindlichen Feuernester zum Schweigen gebracht wurden“, so der Sprecher.

Situation im Donbass

Die Lage an der Trennlinie in der Konfliktregion Donbass hat sich in dieser Woche bedrohlich zugespitzt. Kiew ignoriert alle zuvor erzielten Vereinbarungen und hat einen Großteil seiner Armee an der Grenze zu den selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk zusammengezogen. Die von der Volksmiliz kontrollierten Territorien werden regelmäßig unter massiven Beschuss genommen, darunter unter Einsatz von durch die Minsker Abkommen verbotenen Waffen.

Wegen der akuten Gefahr eines möglichen Einmarsches der ukrainischen Armee auf das Territorium der beiden Republiken hatten deren Behörden angeordnet, die Zivilbevölkerung – allen voran Kinder, Frauen und ältere Menschen – nach Russland, in das benachbarte Gebiet Rostow zu evakuieren. Am Samstagmorgen haben die Republikschefs von Donezk und Lugansk die allgemeine Mobilmachung angeordnet.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/07/5270416_0:0:3115:1753_1920x0_80_0_0_73d2298063f418dfbbf8ada42f73d4ae.jpg

novorosinform.org: **Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation sperrte den Luftraum über dem Asowschen Meer**

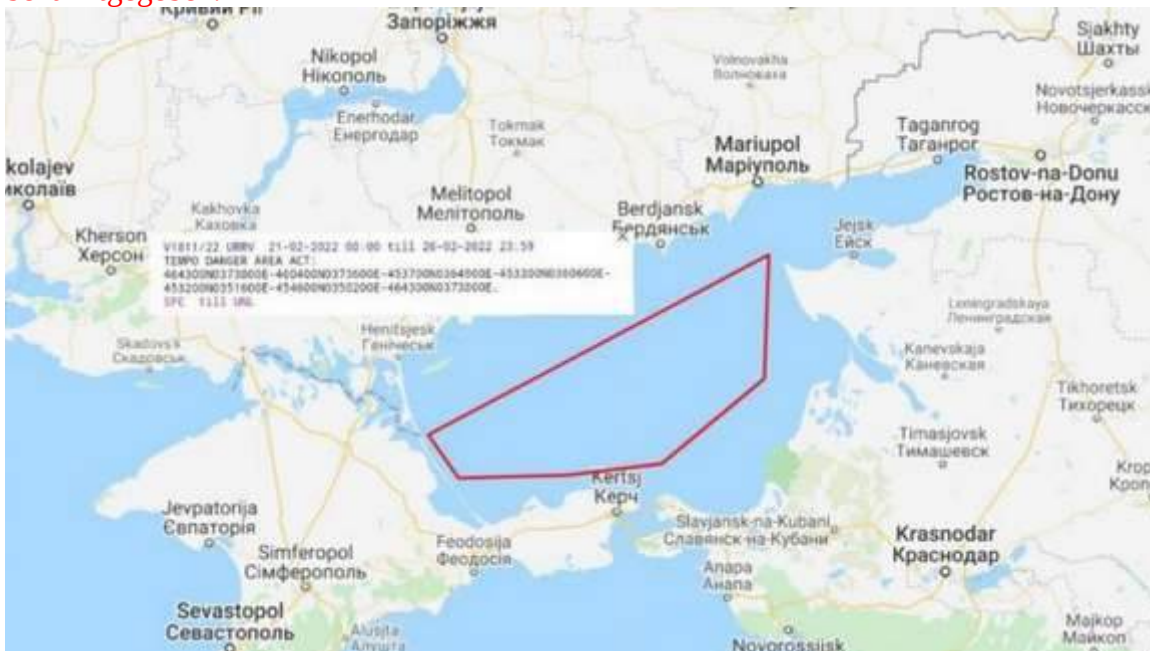
Die Gründe für die Schließung des Luftraums wurden noch nicht gemeldet. Gerüchten zufolge liegt dies an der Situation im Donbass.

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation hat beschlossen, den größten Teil des Luftraums über dem Asowschen Meer zu schließen, berichtet „Zargrad“.

„Offensichtlich ist die Entscheidung darauf zurückzuführen, dass das ukrainische Militär seine Kräfte weiterhin auf die Grenzen Russlands sowie auf die Kontaktlinie zum Donbass konzentriert“, schreibt „Perwyj Russkij“.

Laut den Meldungen in sozialen Netzwerken soll die Schließzeit vom 21. Februar bis Ende 26. Februar dauern.

Bislang wurden die offiziellen Gründe für die Schließung des Luftraums noch nicht bekanntgegeben.



https://novorosinform.org/content/images/94/67/39467_720x405.jpg

mil-lnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR Oberleutnant I.M. Filiponenko über die Lage am 21.2.22 um 00:00 Uhr**

In ihrem Bestreben, eine groß angelegte Eskalation des Konflikts zu beginnen, macht die

ukrainische militärisch-politische Führung vor nichts halt und setzt das zielgerichtete Genozid am Volk des Donbass fort.

Ergebnis der Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte, die wir um 20:00 Uhr festgestellt haben, ist eine Zunahme der Zahl der Beschießungen und Angriffe auf unsere Positionen an der ganzen Kontaktlinie.

Zum Stand um 00:00 Uhr hat die Vertretung der LVR im GZKK bereits 66 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung festgestellt. Die ukrainischen Kämpfer haben **24 Ortschaften** der Republik beschossen. Aktiv werden von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen eingesetzt.

Die Folgen der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Streitkräfte:

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Panzergrenadierbrigade **Prischib** mit 120mm-Mörsern beschossen, infolge der verbrecherischen Handlungen wurde ein Haus zerstört und **ein Zivilist verlor durch eine Verletzung ein Bein**, in **Snamenka** erlitten **zwei örtliche Einwohner Splitterverletzungen**, außerdem wurden Schäden an den Dächern von zwei Wohnhäuser festgestellt und die Fensterverglasung wurde beschädigt.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade unter Einsatz von Antipanzergrenatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren **Losowoje** beschossen, infolge der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Kämpfer geriet ein Haus in Brand. Die verbrecherischen Handlungen der ukrainischen bewaffneten Formationen, die von der Kiewer militärisch-politischen Führung sanktioniert sind, haben das Ziel, das Genozid an der Bevölkerung des Donbass wieder aufzunehmen.

Wir erinnern daran, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht verjähren.

snanews.de: **Auch auf derzeitige Situation in Ukraine könnten die USA reagieren – Außenminister**

Nach Angaben des US-Außenministers Anthony Blinken könnte der Westen auf die derzeitige „mittelschwere“ Situation in der Ukraine reagieren.

Blinken zufolge wird er alles tun, um den Krieg in der Ukraine zu verhindern. Auch der US-Präsident Joe Biden sei bereit, Russlands Staatschef Wladimir Putin dafür jederzeit und in jedem Format zu treffen. Doch auch auf eine Situation mit „niedrigem oder mittlerem Siedepunkt“ könnte es eine Antwort geben, sagte der Minister am Sonntag im Interview mit CBS.

„Das ist inakzeptabel. Wir haben am Wochenende ausführlich mit Verbündeten und Partnern darüber gesprochen“, hieß es. „Bis es entschieden ist, bis wir wissen, dass die Panzer rollen, die Flugzeuge fliegen und die Aggression begonnen hat, werden wir alles tun, um sie zu verhindern. Aber wir sind so oder so vorbereitet und wir sind mit einer Antwort vorbereitet, die massive Konsequenzen für Russland haben wird, sollte es dies tatsächlich realisieren“, erklärte er. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/06/08/2429715_0:17:3073:1746_1920x0_80_0_0_20b260b2e1dc5f96dce2a77e59ee7483.jpg

novorosinform.org: **Ein Geschwader russischer Kriegsschiffe fuhr ins Asowsche Meer ein**
Im Internet wurde ein Video veröffentlicht, das Kriegsschiffe der Schwarzmeerflotte zeigt, die in das Asowsche Meer einlaufen. Laut der Veröffentlichung von Reporter handelt es sich um 10 Schiffe und Boote, die durch die Krimbrücke zum Asowschen Meer führen.

"Die Passage von drei großen Landungsschiffen (BDK) "Saratow" (Projekt 1171), "Caesar Kunikow" und "Nowotscherkassk" (Projekt 775), einem kleinen Raketenschiff (MRK) "Nabereshnye Tschhelny" (Projekt 12411), einem kleinen U-Boot-Abwehrschiff (MPK) "Poworino" (Projekt 1124M), Patrouillenschiff "Pawel Dershawin" (Projekt 22160) und eine Gruppe von Booten.

Zuvor wurde berichtet, dass das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation beschlossen hat, den größten Teil des Luftraums über dem Asowschen Meer zu schließen. Die Entscheidung bezieht sich auf die Durchführung der Übungen vom 21. Februar bis Ende 26. Februar.



https://novorosinform.org/content/images/94/75/39475_720x405.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 19. Februar 2022 wurden 63 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Beschossen wurden **Pionerskoje, Donezkij, Beresowskoje, Wesjolaja Gora, Molodjoshnoje, Losowoje, Snamjanka, Priwetnoje, Slawjanoserbsk, Shelobok, Sansharowka, Solotoje-5, Sholtoje, Kalinowo, Rajowka, Sokolniki, Kalinowka, Wesjologorowka, Golubowskoje, Frunse, Logwinowo, Obosnoje, Nishneje Losowoje, Christowoje** unter Einsatz von 122mm-Artillerie, Mörsern, Granatwerfern, Mörsern, Antipanzerlenkraketen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen. Insgesamt wurden **6606 Geschosse** abgefeuert.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

- in der Gartenkooperative LADA in **Pionerskoje starben zwei zivile Einwohner** der Republik, außerdem wurden fünf Wohnhäuser zerstört (beschädigt);
- in **Prischib** wurde **ein örtlicher Einwohner verletzt** und ein Wohnhaus zerstört;
- in **Snamenka** wurden **zwei Zivilisten verletzt** und zwei Wohnhäuser beschädigt;
- in Losowoje geriet aufgrund eines Beschusses ein Wohnhaus in Brand.;
- in Golubowskoje wurden eine Stromleitung sowie die Unterstationen Michajowka und Petrodonezkaja Nr. 1 beschädigt, **mehr als 1000 Verbraucher in Donezkij und**

Golubowskoje haben keinen Strom.

snanews.de: Gipfel zwischen Biden und Putin zur Ukraine-Krise geplant

Angeichts der zugespitzten Lage in der Ukraine-Krise hat der französische Staatschef Emmanuel Macron den Präsidenten Russlands und der USA, Wladimir Putin und Joe Biden, ein Gipfeltreffen vorgeschlagen. Die beiden haben dieser Initiative nach Angaben des Élyséepalastes zugestimmt.

„Macron hat vorgeschlagen, ein Treffen zwischen dem Präsidenten Biden und dem Präsidenten Putin und anschließend ein weiteres mit allen Beteiligten zu Fragen der Sicherheit und strategischen Stabilität in Europa abzuhalten. Die Präsidenten Biden und Putin haben dem Grundsatz eines solchen Gipfels zugestimmt“, hieß es in einer Erklärung des Élyséepalastes. Demnach soll die Agenda des Gipfels am Donnerstag von US-Außenminister Antony Blinken und seinem russischen Kollegen Sergej Lawrow bei einem Treffen bestimmt werden. Die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Pasaki, teilte mit, dass Präsident Biden „im Prinzip“ einem Treffen mit Putin zugestimmt habe, wenn Russland nicht in die Ukraine einmarschiere.

Ukraine-Situation

Wie der Pressedienst des belarussischen Verteidigungsministeriums am Sonntag mitteilte, haben die Präsidenten von Belarus und Russland, Alexander Lukaschenko und Wladimir Putin, entschieden, die Prüfung der Einsatztruppen des Unionsstaates wegen der Zuspitzung der Situation im Donbass weiter fortzusetzen.

„Im Zusammenhang mit zunehmenden Militäraktivitäten in der Nähe der Außengrenzen des Unionsstaates und der verschärften Lage im Donbass haben die Präsidenten von Belarus und Russland entschieden, die Prüfung der Einsatztruppen des Unionsstaates weiter fortzusetzen“, erklärte der belarussische Verteidigungsminister Viktor Chrenin, indem er die Ergebnisse der zu Ende gegangenen Übung „Bündnis-Entschlossenheit 2022“ zusammenfasste.

Das Großmanöver ist in die Zeit zunehmender Spannungen zwischen Russland und dem Westen wegen der Ukraine-Krise gefallen. Westliche Staaten werfen Russland vor, Streitkräfte an der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben und einen Einmarsch in das Nachbarland zu planen.

Russland dementiert westliche Berichte über einen angeblich bevorstehenden Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine. Diese Desinformationen würden als Vorwand für die Stationierung von mehr Kampftechnik unweit der russischen Grenzen genutzt, hieß es aus Moskau.

Lawrow zufolge schließt Russland nicht aus, dass die Hysterie des Westens um die Ukraine das Ziel verfolgt, den Kurs Kiews auf die Torpedierung der Minsker Friedensvereinbarungen zum Donbass zu verschleiern.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/04/4575734_0:0:2596:1461_1920x0_80_0_0_0020e0d

7b32729511588a80c0fc116f3.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 20. Februar 3:00 Uhr bis 21. Februar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK 54 Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:
Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).
Außerdem wurden durch Beschuss zwei Wohnhäuser im Petrowskij-Bezirk von Donezk beschädigt:

- Uliza Klubnaja 35a (Fenster, Türen, Fassade);
- Ulia Aleutskaja 48 (Fassade, Fensterverglasung, Decke).

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung folgender Ortschaften: **Sajzewo jushnoje, Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Siedlung des Bergwerks 6/7), Barak, Oserjanowka, Werchnetorezkoje jushnoje, Wassiljewka, Jakowlewka, Spartak, Donezk (Donezker Chemiewerk, Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Alexandrowka, Staromichajlowka, Jelenowka, Dokutschajewsk, Komunarowka, Belaja Kamenka, Nowaja Marjewka, Nowolaspa, Petrowskoje, Saitschenko, Leninskoje. Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 730.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 82 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

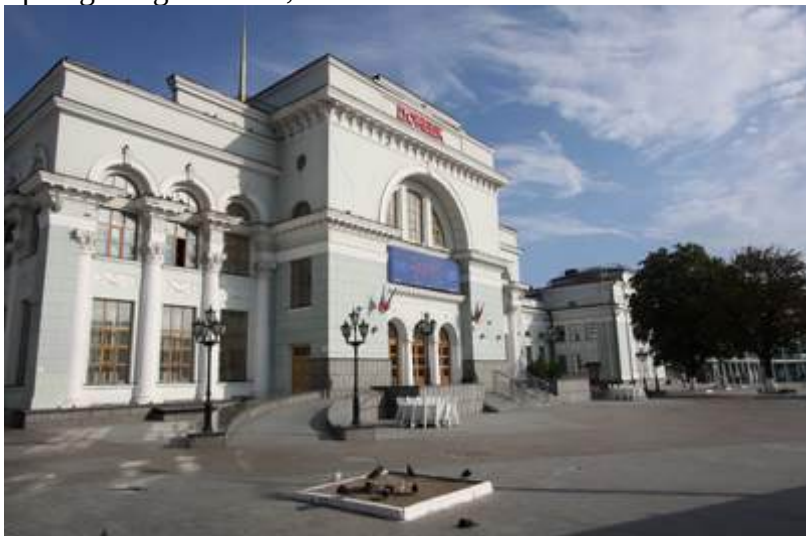
rusvesna.su: Ein ukrainischer Saboteur ist in Donezk explodiert

Der Redaktion von „Russkaja Wesna“ ist der Text einer Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR, Eduard Basurin, zugegangen, die über die Selbstvernichtung eines ukrainischen Saboteurs in Donezk berichtet.

„Der Feind versucht weiterhin, Terroranschläge gegen lebenswichtige Infrastruktur und die Zivilbevölkerung zu verüben.

Nach operativen Informationen des Ministeriums für Staatssicherheit der DVR wurde bekannt, dass sich am 21. Februar gegen 4.45 Uhr am Eingang zum Markt in der Nähe des Bahnhofs ein ukrainischer Saboteur in die Luft sprengte, als er versuchte einen Sprengsatz zu platzieren.

Neben den sterblichen Überresten des Terroristen wurde eine Tasche mit einem zweiten Sprengsatz gefunden“, berichtete die Volksmiliz. ...



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/original/621357a3b480cc56446f815f.jpg>

novorosinform.org: **Freiwillige von der Krim trafen im Donbass ein**

Der ehemalige Abgeordnete der Staatsduma und derzeitige Vertreter der Integration Russland-Donbass-Integrationskomitees Andrej Kosenko hat die Bereitschaft der Krim zur Unterstützung der LDVR angekündigt, berichtet RIA Novosti.

„Eine erste Gruppe von Freiwilligen von der Krim ist im Donbass eingetroffen, um den Bewohnern der Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu helfen und ihr Recht auf Selbstbestimmung zu schützen“, sagte er.



https://novorosinform.org/content/images/94/80/39480_720x405.jpg

Mzdnr.ru: Am 20. Februar wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden 129 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 16 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 46 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 1474 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 548 mit Sauerstoffunterstützung (+17 in den letzten 24 Stunden).

Am 21. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 150.812 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

27.405 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 114.375 als gesund entlassen, es gibt 9651 Todesfälle.

rusvesna.su_ **Es gibt Kämpfe in der Nähe von Mariupol: Ein Durchbruch einer feindlichen Spezialgruppe, ein Raketen- und Artilleriedepot wurde gesprengt**

Am Morgen des 21. Februar betrat eine ukrainische Sabotagegruppe das Territorium der DVR. Das Ziel des Feindes war ein weiterer Zugang zur Staatsgrenze zu Russland.

„Ungefähr um 08:10 Uhr brach im Bezirk Nowoassowsk der DVR eine feindliche Sabotagegruppe durch.

Infolge des Durchbruchs wurde ein Lagerhaus mit Raketen- und Artilleriewaffen der Volksmiliz der DVR gesprengt. Der Feind hat Versuche unternommen, die Staatsgrenze der Volksrepublik Donezk zur Russischen Föderation zu erreichen.

Die Kämpfer der Volksmiliz der DVR blockierten die zentralen Kommunikationswege. Es gibt einen Kampf.

Die Kräfte der Abteilungen des Hauptquartiers der Territorialverteidigung der DVR dokumentieren die kriminellen Aktivitäten der Saboteure. Die Ergebnisse der getroffenen Maßnahmen werden noch bekannt gegeben“, berichtet das Ministerium für Staatssicherheit der DVR.

Lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik hat einen Erlass unterzeichnet, dass Männer, die älter als 55 Jahre alt sind, sich freiwillig zum Militärdienst melden können.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zum Stand um 10:00 Uhr**

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt kritisch.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **54-mal das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik eröffnet**, davon 41-mal unter Einsatz von 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern. Es wurden 442 Artillerie- und Mörsergeschosse abgefeuert. Außerdem wurden verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der DVR mehr als **618 Artillerie-, Mörser- und sonstige Geschosse** abgefeuert. Unter Beschuss gerieten die Gebiet von **22 Ortschaften** der Republik.

Durch Beschuss von Seiten von Kämpfer der 36. Brigade wurde die **Stromversorgung von 240 Haushaltsverbrauchen in Kominternowo, Saitschenko, Leninskoje und Dsershinskoje unterbrochen**.

Durch Beschuss von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** wurden zwei Wohnhäuser beschädigt: Uliza Klubnaja 35a und Uliza Aleutskaja 48.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 95. Luftsturmbrigade **Sajzewo (jushnoje)**, die **Siedlung des Bergwerks 6/7** und die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit 120mm- und 82mm-Mörsern und verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen.

Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade haben **Bajrak** mit Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 25. Brigade **Wassiljewka, Werchnetorezkoje (jushnoje)** und **Oserjanowka** mit 82mm-Mörsern und verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen.

Kämpfer der 56. Panzergrenadierbrigade haben das Feuer auf **Jakowlewka** und **Spartak** mit 120mm-Mörsern eröffnet.

Kämpfer der 54. mechanisierten Brigade haben das Feuer auf **Staromichajlowka, Alexandrowka, Jelenowka**, die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** sowie das **Volvo-Zentrum** und das **Chemiewerk in Donezk** unter Einsatz von 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern und verschiedenen Arten von Granatwerfern eröffnet.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 53. Brigade **Dokutschajewsk, Kommunarowka, Nowolaspa, Nowaja Marjewka, Petrowskoje** und **Belaja Kamenka** mit 120mm-Mörsern sowie verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen.

Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade haben **Leninskoje** und **Saitschenko** mit 122mm-Artillerie und verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen.

Heute Nacht haben ukrainische Kämpfer der 55. Artilleriebrigade von den Positionen der 36. Marineinfanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte aus das Feuer mit 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern auf **Kominternowo** eröffnet. Insgesamt hat der Gegner etwa 12 122mm-Geschosse und 50 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Um die Zivilbevölkerung zu schützen, waren unsere Verteidiger gezwungen, das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu eröffnen und die Feuerpunkte des Gegners zu unterdrücken.

Leider starb infolge der ukrainischen Aggression ein Soldat der Volksmiliz der DVR, ein weiterer wurde schwer, zwei weitere leicht verletzt. Wir sprechen den Verwandten und Freunden unserer Verteidiger unser Mitgefühl aus.

Außerdem wurde nach operativen Informationen durch Beschuss mit 120mm-Mörsern von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade mit 120mm-Mörsern auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** an einer Haltestelle des öffentlichen Nahverkehrs **ein örtlicher Einwohner getötet – ein Bergmann, der zur Frühschicht zum Bergwerk fuhr**. Insgesamt wurden zwei Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

In der **Siedlung der Tschlejukinzew-Bergwerks**, in der Uliza Wojkowa 1 die Schule Nr. 105

– Fassade und Fensterverglasung – beschädigt. Ein Artilleriegeschoss fiel neben die Schule. Durch Beschuss von den Positionen der 56. Panzergrenadierbrigade aus auf **Donezk** wurde die Schule Nr. 56 in der Uliza Nowosennaja 77 beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte und Zerstörungen von zivilen Objekten werden noch ermittelt.

Verstöße wurden operativ von der Vertretung der DVR im GZKK in der geltenden Zusammensetzung den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, die sich weigerte auf unsere Anfragen nach einer Waffenruhe zu reagieren und operativ Maßnahmen zur Feuereinstellung von Seiten des Gegners zu ergreifen.

Gleichzeitig setzt der Gegner die Versuche, Terrorakte gegen lebenswichtige Infrastrukturobjekte und die Zivilbevölkerung zu verüben, fort.

Nach operativen Informationen des MfS wurde bekannt, dass gegen 4:45 Uhr am Morgen des 21. Februar am Eingang zu einem Markt in der Gegend des Bahnhofs ein ukrainischer Diversant sich beim Versuch der Installation einer Sprenganlage selbst in die Luft sprengte. Neben den Überresten des Terroristen wurde eine Tasche mit einer zweiten Sprenganlage gefunden.

snanews.de: **„Wir bedrohen niemanden“: Russlands Botschafter in USA weist Invasions-Vorwürfe zurück**

Russlands Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, hat Befürchtungen des Westens und insbesondere des US-Präsidenten Joe Biden bezüglich eines sich angeblich abzeichnenden Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine zurückgewiesen. Nach seiner Ansicht ist es vor allem die Nato, die mit der Stationierung ihrer Truppen die Situation anheize.

„Es gibt keine Invasion, und es gibt auch keine solchen Pläne“, sagte Antonow dem US-Sender CBS am Sonntag. Dies sei auch in den Dokumenten festgehalten worden, die Moskau an das US-Außenministerium übermittelt habe. Hiermit habe Russland öffentlich seine Bereitschaft bekundet, „die diplomatischen Bemühungen zur Lösung aller offenen Fragen fortzusetzen“.

Dabei hob er hervor, dass jeder Staat das Recht habe, seine Grenzen zu schützen – ein solches hätten auch die Russische Föderation, die Vereinigten Staaten sowie jeder andere Staat.

Russische Truppen befänden sich auf seinem „souveränen Territorium“ – „wir bedrohen niemanden“. Was dem Land hingegen Sorgen bereite, seien es die „Aktivitäten der Nato“, deren Militärkräfte bereits an die russische Grenze gekommen seien, sagte Antonow.

Russland seinerseits ziehe viele seiner Truppen etwa aus dem Kaliningrader Gebiet ab – und sehe gleichzeitig fünf Möglichkeiten der Nato-Osterweiterung. Nun habe das Bündnis mit der „militärisch-technischen Erforschung der Ukraine“ begonnen. Mit Blick auf Moskaus Forderung an den Westen über Sicherheitsgarantien erklärte er, Russland würde gerne alles auf Papier festhalten.

„Wir möchten rechtlich verbindliche Garantien für die russische Sicherheit sehen.“

Die Nato sei keine „friedliebende NGO“, so Antonow, sondern eine „eine politische Militärmaschinerie“. Russland wolle nicht, dass die nächste Welle der Nato-Erweiterung stattfinde, sagte er hinsichtlich der Bestrebungen der Ukraine, der Militärallianz beizutreten. Genauso möchte sein Land dem Botschafter zufolge nicht, dass die ost- und mitteleuropäischen Länder sowie die baltischen Nato-Mitglieder dazu benutzt werden, neue Waffen einzusetzen und zu testen.

In Bezug auf „viele Falschnachrichten“ über eine angebliche russische Invasion in den amerikanischen Medien machte Antonow nochmals deutlich: Russland beabsichtige nicht, einen militärischen Konflikt zu beginnen. „Wir wollen keinen Krieg.“

Ukrainische Botschafterin verspricht Reaktion

Die ukrainische Botschafterin in den USA, Oksana Markarowa, erklärte dem Sender in Bezug auf die russischen Pläne: „Nun, wir erwarten leider alles“.

„Wir werden Tag und Nacht daran arbeiten, jede Möglichkeit zu nutzen, um Russland noch von einer Invasion abzuhalten.“

Die vergangenen Tage hätten aber gezeigt, dass Russland mit Provokationen in den Gebieten Donezk und Lugansk begonnen habe. „Sie haben begonnen, unsere zivilen Objekte zu beschießen. Wir haben bereits zwei Tote, elf Verwundete, und es geht weiter“, sagte Markarowa.

Angespannte Situation rund um die Ukraine

Die US-Regierung und die von ihr geführte Nato werfen Russland seit Monaten vor, einen Einmarsch in die Ukraine vorzubereiten. Tatsächlich finden Truppenbewegungen im Rahmen von Manövern statt – damit verletzt Russland aber keine Vereinbarungen, wie das Außenministerium mitteilt. Anders die Regierung in Kiew, die sich nach russischen Angaben weigert, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen.

Gleichzeitig werfen westliche Staats- und Regierungschefs Russland Kriegsabsichten vor – ein Vorwand für die Entsendung zusätzlicher Truppen in den Osten und die Aufrüstung der Ukraine, erklärte das russische Außenministerium.

In der vorigen Woche hat sich die Lage an der Trennlinie in der Konfliktregion Donbass bedrohlich zugespitzt. Kiew ignoriert inzwischen alle zuvor erzielten Vereinbarungen und hat einen Großteil seiner Armee an der Grenze zu den selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk zusammengezogen. Die von der Volksmiliz kontrollierten Territorien werden regelmäßig unter massiven Beschuss genommen, darunter unter Einsatz von durch die Minsker Abkommen verbotenen Waffen.

Wegen der akuten Gefahr eines möglichen Einmarsches der ukrainischen Armee auf das Territorium der beiden Republiken hatten deren Behörden angeordnet, die Zivilbevölkerung – insbesondere Kinder, Frauen und ältere Menschen – nach Russland zu evakuieren. Am Samstagmorgen haben die Chefs der Republiken Donezk und Lugansk die allgemeine Mobilmachung angeordnet.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/06/14/2556469_0:501:2617:1547_1920x0_80_0_0_6324a8f812f1376f8ab6737330e0a2fb.jpg

Mil-Inr.su: Bericht Volksmiliz der LVR am 21. Februar 2022 zum Stand um 10:00
In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **63-mal das Regime der Feueinstellung verletzt** und **25 Ortschaften** der Republik beschossen. Aktiv wurden von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen eingesetzt.

Ifolge der Aggression der Ukraine starben in den letzten 24 Stunde zwei Zivilisten und drei wurden verletzt, es wurden neun Wohnhäuser in Pionerskoje, Snamenka und Losowoje zerstört oder beschädigt, mehr als 1000 Verbraucher in Donezkij und Golubowskoje haben keinen Strom.

deu.belta.by: **Lukaschenko: In Belarus wird jeder Versuch scheitern, Geschichte neu zu schreiben**

Jeder Versuch, die Geschichte neu zu schreiben und dem sowjetischen Volk den Sieg im

Großen Vaterländischen Krieg zu stehen, ist in Belarus zum Scheitern verdammt. Das erklärte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko heute während der feierlichen Verleihung staatlicher Auszeichnungen und des Banners der Staatsanwaltschaft. Der Präsident bezeichnete die heutige Veranstaltung als ein bedeutendes und symbolisches Ereignis in der Geschichte der Staatsanwaltschaft. „Am Vorabend des Tages der Verteidiger des Vaterlandes überreichen wir staatliche Auszeichnungen und das Banner der Staatsanwaltschaft an Menschen, die für die Gewährleistung von Sicherheit, Recht und Ordnung in unserem Land verantwortlich sind“, sagte der belarussische Staatschef. Dass als Ort für diese bedeutungsvolle Zeremonie die Siegeshalle des Museums des Großen Vaterländischen Krieges ausgewählt wurde, sei nicht zufällig. Das Museum sei ein Symbol der belarussischen Staatlichkeit. „Hier erinnert alles daran, welchen Preis wir bezahlt haben, um uns als Nation zu erhalten, um unser Recht zu behaupten, in diesem Land zu leben und unseren Staat aufzubauen“, sagte Alexander Lukaschenko. „Wenn ich in diesem Tempel der Trauer um Millionen von Opfern und des Stolzes auf die Generation der Sieger stehe, stelle ich mir nur eine Frage. Haben die Menschen nichts aus dieser Erfahrung gelernt? Man sollte meinen, dass die Erinnerung an diese schrecklichen Kriegseignisse noch sehr frisch ist. Die Zeugen der Nazi-Gräueltaten sind immer noch unter uns. Und diese nationale Erinnerung sollte eigentlich den Eifer einzelner Politiker und Aktivisten abkühlen. Aber was sehen wir? Die Zahl und das Ausmaß der Herausforderungen und Bedrohungen nehmen nicht ab. Nach wie vor sterben Menschen in Kriegen, die zwischen den Staaten und innerhalb der Staaten geführt werden. Dabei sterben sie in großer Zahl“, betonte das Staatsoberhaupt. „Moderne Revanchisten provozieren neue Konflikte“, stellte er fest. „Und um sich selbst zu rechtfertigen, versuchen sie, die Geschichte neu zu schreiben und den Sieg des sowjetischen Volkes uns zu stehlen. Sie versuchen, uns, Erben des Siegevölkeres, als Aggressoren zu bezeichnen“, fügte er hinzu. „Das dürfen wir nicht zulassen“, sagte das Staatsoberhaupt.



https://deu.belta.by/uploads/lotus/news/2022/000019_EB05AA5FA6B455F8432587F0002BF12F_966318.jpg

snanews.de: **Verweigerte Waffenlieferungen: Ukrainischer Botschafter warnt Berlin vor „Verrat“**

Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrej Melnyk, hat in einem Interview mit der „Bild“ die Bundesregierung erneut eindringlich aufgefordert, seinem Land endlich Waffen zu liefern. Dabei verwies er auf die angeblich geplante russische Invasion in die Ukraine und warnte Berlin vor „Verrat“ seines Landes.

„Heute brauchen wir nicht nur Worte, nicht nur solidarische Bekundungen, wir brauchen Waffen für die Verteidigung. Diese Waffen, die Deutschland liefern könnte, werden uns nach wie vor verweigert“, sagte Melnyk dem Blatt am Sonntag.

Sollte sich Deutschland aber weiterhin widersetzen und der russische Präsident Wladimir Putin tatsächlich in den nächsten Tagen oder Wochen in die Ukraine einmarschieren, wäre dies ein „Versagen der deutschen Außenpolitik“ und eine „Bankrotterklärung“.

„Und die Ukrainer werden diesen Verrat nie vergessen“, betonte Melnyk.

Sogar die Niederlande, die eine ähnliche Position wie Deutschland gehabt hätten, hätten vor wenigen Tagen ihre Meinung geändert und lieferten jetzt Defensivwaffen an die Ukraine. Der ukrainische Botschafter appellierte außerdem an den Westen, die diskutierten Sanktionen gegen Russland zu beschließen, „bevor der Beschuss von Kiew stattfindet“.

Zuvor hatten die offiziellen Vertreter der selbsterklärten Volksrepubliken Denezk und Lugansk die vorübergehende Evakuierung von Bürgerinnen und Bürgern in die russische Region Rostow im Zusammenhang mit verstärktem Beschuss seitens ukrainischer Streitkräfte angekündigt.

Die Evakuierung betrifft vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen. Wie der Chef der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, mit Hinweis auf geheimdienstliche Informationen erklärte, wird der ukrainische Präsident Wladimir Selenski dem Militär bald befehlen, eine Offensive im Donbass zu starten. Das Ziel der fünftägigen Operation sei, die russischsprachige Bevölkerung aus dem Donbass zu verdrängen und Kontrolle über die ganze Region zu erlangen.

Nach Erkenntnissen des Donezker Geheimdienstes will die Ukraine mit einem großangelegten Angriff von Artillerie, Flugzeugen, Hubschraubern und Drohnen militärische und zivile Objekte zerstören sowie die Städte Donezk, Lugansk, Gorlowka und Altschewk blockieren. Am Samstagmorgen wurde in beiden Volksrepubliken die allgemeine Mobilmachung erklärt.

Die beiden Donbass-Republiken berichten seit vergangenem Donnerstag über verstärkten Beschuss sowie über Provokationen seitens der Ukraine. So hätten Donezker Streitkräfte eine Operation vereitelt, wobei ukrainische Saboteure in einer Kläranlage nahe der Kleinstadt Gorlowka angeblich ein Gefäß mit Chlor per Sprengung einleiten lassen wollten. Die Lugansker Volksrepublik gab an, dass Mitglieder der ukrainischen Spezialkräfte an einem gezielten Beschuss einer Kita teilgenommen hätten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/1c/4123696_0:409:3076:1639_1920x0_80_0_0_cfc1fec1814fbc5325267f97384cb3ac.jpg

deu.belta.by: **Generalstab kündigt weiteren Verbleib russischer Truppen in Belarus an**

Die Einheiten der russischen Streitkräfte kehren nur dann an ihre ständigen Einsatzorte zurück, wenn es dafür objektive Bedingungen gibt. Das sagte Generalmajor Wiktor Gulewitsch, Chef des Generalstabs der Streitkräfte der Republik Belarus, bei einem Briefing für Militärattachés anlässlich des Tages der Verteidiger des Vaterlandes und der Streitkräfte. In einer Mitteilung des Verteidigungsministeriums heißt es: „Aufgrund zunehmender militärischer Aktivitäten an den Außengrenzen des Unionsstaates und der Verschärfung der Lage im Donbass haben die Präsidenten von Belarus und Russland beschlossen, die Inspektion der Streitkräfte des Unionsstaates fortzusetzen. Die Einheiten der russischen

Streitkräfte werden nur dann an ihre ständigen Einsatzorte zurückkehren, wenn dies objektiv begründet ist und wenn wir selbst dies bestimmen. Das ist eine rein interne Angelegenheit“, sagte Wiktor Gulewitsch.

Der Generalstabschef betonte, dass der Verbleib der Truppen von den Aktivitäten westlicher Kollegen abhängen wird. „Jene Kräfte und Mittel, die in der osteuropäischen Region und insbesondere in der unmittelbaren Nähe der belarussischen Staatsgrenze stationiert werden, bilden die Faktoren, die die weitere Entwicklung der Situation beeinflussen. Daher hat Belarus das Recht, den Rückzug der US- und NATO-Truppen von den Grenzen der Republik Belarus und des Unionsstaates zu fordern und die Kontrolle über den Truppenabzug sicherzustellen“, fügte Wiktor Gulewitsch hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1645433114_59875_big.jpg

snanews.de: **Mehr als 60.000 Evakuierte aus Ostukraine in Russland eingetroffen**

Nach Angaben des russischen Katastrophenschutzministeriums sind rund 61.000 Menschen aus den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk im Zuge der am vergangenen Freitag eingeleiteten Evakuierung in Russland angekommen. Am Sonntag bezifferte der russische Grenzschutz die Zahl der Ankömmlinge noch auf über 30.000.

Die aktuellen Zahlen zu den Evakuierten aus dem Donbass gab der Interims-Chef des russischen Katastrophenschutzministeriums, Alexander Tschuprian, bekannt. „Die Anzahl der aus den beiden benachbarten Regionen der Ukraine angekommenen Menschen ist auf 61.000 gestiegen“, sagte er am heutigen Montag in einer Arbeitssitzung in der russischen Stadt Rostow-am-Don, circa 70 Kilometer südöstlich der Grenze zum Donbass.

Mehr als 250 Auffanglager stehen bereit

Der russische Katastrophenschutz hat eigenen Angaben zufolge 255 provisorische Massenunterkünfte für mehr als 28.000 Menschen aufgebaut. Die Auffanglager befänden sich größtenteils in Zentral- und Südrussland sowie in den russischen Regionen des Nordkaukasus. „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben sich 30 russische Regionen zur Aufnahme der evakuierten Menschen bereiterklärt“, heißt es in einer Mitteilung auf der Website des Ministeriums.

Aus den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk wird seit Tagen berichtet, dass die Lage dort eskaliere. Ukrainische Einheiten hätten das Feuer eröffnet und würden Ortschaften im Donbass beschießen, auch mit schweren Waffen, die laut Minsker Abkommen verboten sind.

Die Führung in Donezk und Lugansk geht von einer unmittelbar bevorstehenden Invasion der ukrainischen Armee aus und hat am vergangenen Freitag damit begonnen, Menschen aus dem Donbass in Sicherheit zu bringen. In erster Linie werden Frauen, Kinder und ältere Menschen nach Russland evakuiert.

Am Samstag ist in den beiden selbsternannten Volksrepubliken die allgemeine Mobilisierung ausgerufen worden. Aus Donezk heißt es, man rechne mit einer Offensive der ukrainischen Armee: Präsident Selenski werde dem ukrainischen Militär in allernächster Zeit den Befehl zum Angriff auf den Donbass und zur Umsetzung der Invasionspläne erteilen, sagte Denis Puschilin, Chef der selbsternannten Volksrepublik Donezk.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/15/5447244_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_136c8e7847ca3fe2adc6f70ee7da58f5.jpg

rusvesna.su: **Hunderte von Freiwilligen aus Russland sind bereits im Donbass eingetroffen**

Vor dem Hintergrund einer starken Verschärfung der Situation an der Kontaktlinie im Donbass melden sich Hunderte von Freiwilligen aus Russland bei den Streitkräften der LVR. „Im Zusammenhang mit der Gefahr eines Angriffs der Ukraine auf die Donbass-Republiken hat die Intensität des Kampftrainings in den Formationen der Volksmiliz zugenommen. Die Anzahl der praktischen Übungen im Schießen und Fahren hat erheblich zugenommen, Maßnahmen zur Durchführung der Verteidigung werden ausgearbeitet.

Gleichzeitig traten im Februar, nach Beginn der wachsenden Bedrohung durch einen Angriff auf den Donbass aus Kiew, mehr als 400 Freiwillige aus Russland in die Reihen der Verteidiger der LVR ein. Auch aus den Republiken der ehemaligen Sowjetunion treffen Freiwillige ein.

Im Zusammenhang mit der Ankündigung der allgemeinen Mobilmachung werden zusätzliche Einheiten der zweiten Verteidigungsstufe der Republik gebildet. Ein Programm für Kampfausbildung, materielle und technische Unterstützung für Mobilisierungsreserveeinheiten wurde genehmigt.

Es gibt eine beträchtliche Anzahl von Menschen mit Kampferfahrung aus den Jahren 2014-2015, die den Wunsch geäußert haben, sich in dieser schwierigen Zeit für die Republik einzusetzen.

Unsere gemeinsame Aufgabe und unser gemeinsames Ziel ist es, die Bevölkerung des Donbass um jeden Preis vor der Kiewer Aggression zu schützen“, berichtete der Pressedienst der Volksmiliz der LVR.

Darüber hinaus unterzeichnete das Oberhaupt der LVR, Leonid Pasetschnik, am 21. Februar ein Dekret über die freiwillige Mobilisierung von Männern über 55 Jahren. Der Regierungschef der Republik, Sergej Koslow, erklärte, dass eine solche Entscheidung auf die große Zahl von Personen dieser Altersgruppe zurückzuführen sei, die in den Dienst eintreten möchten.

„Militärkommissariate dürfen die Einberufung zum Militärdienst von Bürgern der LVR über 55 Jahren auf freiwilliger Basis durchführen. Diese Änderung ist darauf zurückzuführen, dass

beim Oberhaupt eine große Anzahl von Appellen unserer Bürger eingegangen ist, die den Wunsch geäußert haben, unsere Republik zu verteidigen, aber die im Dekret (über die allgemeine Mobilmachung) festgelegten Alterskriterien nicht erfüllt haben.“ sagte Koslow. Er betonte, dass "die Erfahrung von Kämpfern, die bereit und willens sind, die LVR zu verteidigen, besonders wertvoll ist".



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/flag_novorossii_armiya_dnr_armiya_lnr_opolchency.jpg

novorosinform.org: Streitkräfte der DVR zerstörten den ukrainischen Komplex "Tunguska" in der Nähe von Marinka

Die Verteidiger von Donezk unterdrückten die Stellungen der Streitkräfte der Ukraine, von denen aus die Außenbezirke von Donezk beschossen wurden.

Artilleristen der DVR zerstörten ein Tunguska-Flugabwehrraketensystem der Streitkräfte der Ukraine, berichtet ANNA-NEWS.

Der Komplex wurde zur Bekämpfung von tieffliegenden Luftzielen entwickelt und von ukrainischen Truppen genutzt, um die westlichen Außenbezirke von Donezk von der von Kiew kontrollierten Stadt Marinka aus zu beschießen.

Es wird darauf hingewiesen, dass während des Gegenfeuers der DVR zusammen mit dem zerstörten Komplex auch das zweite Flugabwehrraketensystem, das sich im Bestand der 54. mechanisierten Brigade der Streitkräfte der Ukraine befindet, ernsthaft beschädigt wurde.



https://novorosinform.org/content/images/95/06/39506_720x405.jpg

rusvesna.su: „Die Lage ist kritisch geworden“: Appell des Oberhauptes der DVR
Das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin, wandte sich an die Bürger der Republik.

„Sehr geehrte Einwohner der Volksrepublik Donezk! In den vergangenen 24 Stunden ist die Lage in der Republik kritisch geworden.

Die Ukraine führt massiven Beschuss unseres Territoriums durch. Allein in den letzten Tagen hat die Artillerie der Streitkräfte der Ukraine mehr als 1.700 Mörser- und Artilleriegranaten auf Wohngebiete abgefeuert. Wir werden von schwerer Artillerie, Mörsern, Granatwerfern und Panzern beschossen. Menschen sterben. Die Schulen Nr. 105 und Nr. 56 in der Hauptstadt wurden schwer beschädigt.

Ukrainische Truppen beschießen weiterhin Siedlungen: Saizewo, Gorlowka, Donezk, Jasinowataja, Kominternowo und Dokutschajewsk.

Die Situation in der Richtung von Mariupol hat sich heftig verschärft. Kämpfer der 36. Brigade griffen die Stellungen der Einheiten der Volksmiliz im Raum Kominternowo an. Nahe der Grenze zur Russischen Föderation kommt es zu einem Gefecht.

Durch Mörser- und Artilleriebeschuss wurde ein Soldat der Volksmiliz getötet, mehrere Personen wurden verletzt.

Ukrainische Sabotagegruppen, deren Aktionen darauf abzielen, Terroranschläge gegen Zivilisten und lebenserhaltende Einrichtungen durchzuführen, sind in Städten und Gemeinden aktiver geworden. Eine Wasserpumpstation wurde außer Betrieb gesetzt, Versuche, das Öldepot in Jelenowka zu zerstören, und ein Terroranschlag auf das Werk Stirol wurden verhindert.

Nur durch einen glücklichen Zufall wurde niemand infolge eines versuchten Terroranschlags im Bereich des Bahnhofs verletzt, der Saboteur selbst wurde in die Luft gesprengt.

Bürger der Republik!

Wir müssen alle Anstrengungen bündeln. Ich rufe die gesamte männliche Bevölkerung – alle, die Waffen in der Hand halten können – auf, in die Militärkommissariate zu kommen und sich für ihre Familien, ihre Kinder, Ehefrauen, Mütter und unser Vaterland einzusetzen.

Gemeinsam werden wir den Donbass und alle Russen schützen! Gemeinsam werden wir den Sieg erringen!“



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/1_pushilin_na_poligone.jpg

snanews.de: **Von ukrainischem Territorium abgefeuertes Geschoss zerstört russischen Kontrollpunkt im Gebiet Rostow**

Ein von ukrainischem Territorium aus abgefeuertes Geschoss hat den Kontrollpunkt des Grenzschutzdienstes des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB im südrussischen Gebiet

Rostow vollständig zerstört. Es gibt keine Verletzten, wie der FSB am Montag mitteilte. „Das von ukrainischem Territorium aus abgefeuerte Geschoss unbekannten Typs hat den Dienstort der Grenzaufgebote der FSB-Grenzverwaltung im Gebiet Rostow, das rund 150 Meter von der russisch-ukrainischen Grenze entfernt liegt, vollständig zerstört. Es gibt keine Verletzten. Am Ort des Geschehens sind Sprengstoffexperten tätig“, heißt es in einer Pressemitteilung.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/02/15/1774051054_0:0:1920:1080_600x0_80_0_0_95d542fe2d124959b3397215af7f8a33.jpg

snanews.de: **Lufthansa setzt Flüge nach Kiew und Odessa aus**

Angeichts der zunehmenden Spannungen in der Ukraine-Krise hat der Lufthansa-Konzern seine Flüge in die ukrainische Hauptstadt Kiew und die Schwarzmeerstadt Odessa von Montag an ausgesetzt. Dies teilte eine Konzernsprecherin am Montag mit.

Nach Angaben der Sprecherin gelten diese Maßnahmen zunächst bis Ende Februar. Die Stadt Lwiw (Lemberg) im Westen des Landes werde weiterhin angeflogen. Zur Lufthansa-Gruppe gehören auch die Fluggesellschaften Austrian Airlines, Swiss, Brussels Airlines sowie Eurowings.

Auch Österreichs größte Fluggesellschaft, die Austrian Airlines (AUA), hatte am Samstag auf Anfrage der Austria Presse Agentur (APA) angegeben, ab Montag ihre regulären Flüge nach Kiew und Odessa vorerst bis Ende Februar aussetzen zu wollen. Grund dafür sei die Eskalation im Osten der Ukraine, hieß es.

Die Sicherheit der Passagiere, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen habe zu jeder Zeit oberste Priorität, erklärte eine Sprecherin. Flüge nach Lwiw (Lemberg) finden weiterhin statt, derzeit fliegt die AUA dreimal wöchentlich dorthin. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/06/02/2351853_0:76:2885:1698_1920x0_80_0_0_c23f1fc58fd2773fe9460e3677343058.jpg

nachmittags:

snanews.de: **Putin beruft Sicherheitsrat für Sondersitzung ein**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat für diesen Montag eine große Sondersitzung des Sicherheitsrates angekündigt. Das teilte sein Sprecher Dmitri Peskow mit. Das Thema wird erst später bekannt gegeben. Auf der Agenda des Präsidenten stünden außerdem mehrere internationale Telefongespräche.

Zur Mitteilung des Élyséepalastes über ein geplantes Gipfeltreffen zwischen Putin und dem US-Präsidenten Joe Biden vor dem Hintergrund der zugespitzten Lage in der Ukraine-Krise, sagte Peskow, der Kreml schließe Kontakte zwischen Putin und Biden nicht aus. „Die Präsidenten Russlands und der USA können natürlich, falls es notwendig wird, eine Entscheidung über persönliche Kontakte oder per Telefon treffen“. Es sei momentan zu früh, über die Vorbereitung von jeglichen Treffen zu reden.

„Das Treffen ist möglich, wenn die Staatschefs das für sinnvoll halten. Derzeit gibt es ein deutliches Verständnis darüber, dass ein Dialog auf der Ministerebene (Außenminister – Anm. der Red.) fortgesetzt werden soll“, sagte Peskow.

Er bezeichnete die Lage im Konfliktgebiet als „extrem angespannt“: „Wir sehen bisher keine Zeichen für eine Entspannung.“ Internationale Beobachter hatten zuletzt von einer massiven Zunahme von Verstößen gegen einen geltenden Waffenstillstand gesprochen.

Der Kreml-Sprecher wollte Berichte über ein neues US-Sanktionspaket, das unter anderem Transaktionen für russische Großbanken verbieten soll, nicht kommentieren. „Es ist uns bekannt, dass Washington nicht nur heute, sondern auch an jedem anderen Tag immer wieder neue Sanktionen gegen Russland erarbeitet“. Konkrete restriktive Maßnahmen würden aber jeden Tag geändert. Es sei äußerst kompliziert so etwas zu kommentieren, solange konkrete Dokumente nicht publiziert wurden, sagte Peskow.

Die Lage im Donbass hat sich in vergangenen Tagen zugespitzt. Kiew ignoriert die Vereinbarungen, sammelte an der Trennlinie die Mehrheit seiner Armee zusammen und beschießt die Volksmilizen der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk, darunter mit verbotenen Waffen wie Anti-Panzer-Raketen Javelin und Angriffsdrohnen Bayraktar. Die Volksrepubliken befürchten anhand von geheimdienstlichen Informationen eine baldige Offensive ukrainischer Streitkräfte und ließen daher Frauen, Kinder und ältere Menschen vorübergehend nach Russland evakuieren. Es wurde eine allgemeine Mobilmachung verkündet.

Der Konflikt im Osten der Ukraine dauert bereits acht Jahre lang. Seitdem fielen ihm nach UN-Angaben mehr als 13.000 Menschen zum Opfer, weitere 44.000 wurden verletzt. Für eine Deeskalation wurden von den Konfliktparteien die so genannten Minsker Vereinbarungen getroffen. Sie sehen eine Verfassungsreform, Waffenstillstand und Rückzug von schweren Waffen von der Trennlinie vor.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/15/5450708_0:0:3239:1822_1920x0_80_0_0_1ffaa502b938ae56ca91f6a657f02c01.jpg

strana.ua (strana.today): **Bojko drängte darauf, die Vereinbarungen von Minsk zu erfüllen, um den Krieg im Donbass zu beenden**

Beim Schlichtungsrat in der Rada forderte der stellvertretende Vorsitzende der Partei und Fraktion der Oppositionsplattform für das Leben Jurij Bojko die Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk, um den Krieg zu beenden. Ihm zufolge sei das eine historische Mission. ...

„Die Position unserer Fraktion, unserer politischen Kraft ist, dass das Minsker Protokoll beachtet werden sollte, es wird Massentragödien in der Gesellschaft stoppen, wie es im Jahr 15 geschah. Es hat viele Leben gerettet. Seine Umsetzung ist heute der einzige Weg, um den Konflikt im Osten zu beenden, den Krieg zu stoppen, und das ist der richtige Weg“, sagte Bojko.

Er fügte hinzu, dass die Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk eine historische Mission sei.

„Ich glaube, dass dies eine historische Mission ist, weil alle das Ende des Krieges wollen. Aber man muss ehrlich sagen, dass das Parlament nicht halten kann, was es versprochen hat. Als die Abgeordneten zur Wahl gingen, versprachen alle Abgeordneten Frieden. Dazu gehört auch der amtierende Präsident, der versprochen hat, der Ukraine Frieden zu bringen, und der das Land heute, nach drei Jahren, in eine regelrechte Kriegspsychose hineingezogen hat“, erklärte der Ko-Vorsitzende der Oppositionsplattform für das Leben.

Bojko sagte, wenn das Parlament die zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen erforderlichen Gesetze nicht verabschiede, sollte es aufgelöst werden.

Zuvor hatte die Oppositionspartei „Plattform – Für das Leben“ den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij aufgefordert, die Vereinbarungen von Minsk einzuhalten oder zurückzutreten.

Selenskij wiederum sagte, „Minsk“ sei mittelmäßig komponiert und habe die Ukraine zeitweilig in eine Verliererposition gebracht.



https://img.strana.today/img/article/3780/jurij-bojko-prizyval-12_main.jpeg

rusvesna.su: **Ausnahmezustand in der DVR ausgerufen**

Mehr als 21.000 Menschen in der DVR sind nach dem massiven Beschuss der Streitkräfte der Ukraine ohne Wasserversorgung.

Dies wurde am Nachmittag des 21. Februar vom Ministerium für Notsituationen der DVR gemeldet. In der Republik wurde der Notstand auf Landesebene ausgerufen.

„Im Zusammenhang mit dem intensiven Artilleriebeschuss des Territoriums der DVR am vergangenen Tag wurden eine Reihe von Ausfällen des normalen Betriebs von Lebenserhaltungssystemen registriert.

So wurde im Zusammenhang mit der Abschaltung der Pumpstation erster Ebene der Wasserleitung Süd-Donbass und der damit verbundenen Beendigung der zentralen Trinkwasserversorgung in der Republik der staatliche Notstand ausgerufen.

Mehr als 21.000 Einwohner von Dokutschaewsk und Jelenowka, mehr als 50 soziale Einrichtungen blieben ohne Wasser. Dies sind Heizhäuser, Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen.

In diesem Zusammenhang wurde die staatliche Regulierung festgelegt“, teilte das Ministerium mit.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6213812648fbef3d1b3c99b9.png>

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zum Stand um 14:00 Uhr am 22. Februar**

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt kritisch.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner 32-mal das Feuer auf das Territorium der Donezker Volksrepublik eröffnet. Davon 27-mal unter Einsatz von 122mm-Artillerie,

120mm- und 82mm-Mörsern und dabei 324 Artillerie- und Mörsergeschosse abgefeuert. Außerdem wurden verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der DVR mehr als 413 Artillerie-, Mörser- und sonstige Granaten abgefeuert. Unter Beschuss gerieten **22 Ortschaften** der Republik.

Um die Zivilbevölkerung zu schützen, waren unsere Verteidiger gezwungen, das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu erwidern und die Feuerpunkte des Gegners zu vernichten.

Die Lage in **Richtung Mariupol** hat sich heftig verschärft. Kämpfer der 36. Brigade haben **unsere Positionen im Gebiet von Kominternowo angegriffen.**

In der Folge der ukrainischen Aggression **starb ein Soldat der Volksmiliz der DVR, ein weiterer wurde schwer verletzt, zwei weitere leicht.** Wir sprechen den Verwandten und Freunde unserer Verteidiger unser Mitgefühl aus.

Im Gebiet von **Nowoasowka** finden derzeit **spezielle Maßnahmen** von Einheiten des Innenministeriums und des Staatssicherheitsministeriums in Zusammenarbeit mit Soldaten der Volksmiliz der DVR **zur Vernichtung von Gruppen der ukrainischen Streitkräfte** statt, **die einen Versuch eines Durchbruchs in Richtung der Staatsgrenze zur Russischen Föderation unternommen haben.**

Durch Beschuss mit 120mm-Mörsern von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks starb ein Zivilist**, der zur Frühschicht fuhr, an einer Haltestelle des öffentlichen Nahverkehrs.

In der **Siedlung des Tscheljukinzew-Bergwerks**, in der Uliza Wojkowa 1, wurde die Schule Nr. 105 beschädigt.

Durch Beschuss von den Positionen der 56. Panzergrenadierbrigade aus auf Donzek wurde die Schule Nr. 56 in der Uliza Nowosennaja 77 beschädigt.

Durch Mörserbeschuss von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade wurden eine Elektrounterstation und das Zentrale Stadtkrankenhaus Nr. 14 in **Donezk** in der Uliza Petrowskogo 197 beschädigt.

Die Verstöße wurden operativ von der Vertreter der DVR im GZKK in der geltenden Zusammensetzung den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, die sich weigern, auf unsere Anfragen nach einer Waffenruhe zu reagieren und operativ Maßnahmen zur Feuereinstellung von Seiten des Gegners zu ergreifen.

In den Städten und Ortschaften haben sich **ukrainische Diversionsgruppen aktiviert**, deren Handlungen auf die Verübung von terroristischen Akten gegen friedliche Bürger und Lebenserhaltungsobjekte gerichtet sind.

Wie wir bereits mitteilten, sprengte sich am Morgen des 21. Februar am Eingang zu einem Markt im Bereich des Bahnhofs ein ukrainischen Diversant beim Versuch, eine Sprengeneinrichtung zu installieren, selbst in die Luft. Neben den Überresten des Terroristen wurde eine Tasche mit einer zweiten Sprengeneinrichtung gefunden.

novorosinform.org: **Borrell nannte Berichte über Kriegsverbrechen im Donbass gefälscht**
Der Chef der europäischen Diplomatie, Josep Borrell, sagte, Berichte über Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung der Republiken seien "Falschnachrichten", die nur als Vorwand "für die Invasion der Ukraine" dienen würden.

In einem Tweet stellte der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik fest, dass pro-russische Publikationen „Falschnachrichten über angebliche Gräueltaten gegen die Bevölkerung des Donbass“ verbreiten.

"Der Kreml fabriziert offenbar Vorwände für einen Einmarsch in die Ukraine", zitierte die Nachrichtenagentur TASS Borell.

Zuvor hatte Bundeskanzler Olaf Scholz die Äußerungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin zum Völkermord im Donbass als „lächerlich“ bezeichnet. Nach Angaben des Politikers habe das russische Staatsoberhaupt "sein eigenes Narrativ" über den militärischen Konflikt in

der Region.



https://novorosinform.org/content/images/95/17/39517_720x405.jpg

de.rt.com: Stellvertretender Kommandeur der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik: Nun ist Krieg

Eduard Basurin, stellvertretender Kommandeur der selbsternannten Donezker Volksrepublik, spricht in einem Interview mit dem Kanal "Rossija 1" davon, dass der Konflikt zwar bereits acht Jahre andauere, nun aber in eine "aktive Phase" eingetreten sei, "kurz gesagt: nun ist Krieg".

Abgesehen vom Beschuss und den materiellen Schäden an Wohnhäusern sowie der Beschädigung der öffentlichen Infrastruktur wie der Krankenhäuser, Schulen und Umspannwerke, gibt es durch den massiven Artilleriebeschuss zivile Opfer und getötete Soldaten.

Nördlich von Donezk sei es zu einem Durchbruch ukrainischer Einheiten gekommen, die vermutlich zur russischen Grenze durchstoßen und dabei Panik unter der Zivilbevölkerung der DNR stiften wollten. Dabei wurde auch das Komintern-Freilichtmuseum fast vollständig zerstört.

Am Morgen habe es einen versuchten Sabotageakt am Bahnhof von Donezk gegeben, bei dem der vermutliche Attentäter selbst ums Leben kam.

Zur Diskussion um die Frage, ob gegenwärtig ein Genozid an den Bewohner der Rebellenrepubliken verübt werde, erklärte Basurin, dass es in der Ortschaft Dokutschajewsk infolge des Beschusses keine Wasserversorgung mehr gebe. Dies sei ein klarer Fall von Genozid.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621379f0b480cc2f8b76301b.png>

strana.ua (strana.today): **Der staatliche Grenzdienst bestritt die Beteiligung der Ukraine am Beschuss des Grenzübergangs in der Region Rostow in der Russischen Föderation**

Der staatliche Grenzschutzdienst der Ukraine bezeichnete die Meldung des russischen FSB über den Beschuss eines Grenzkontrollpunkts in der Region Rostow in der Russischen Föderation als „offene Provokation“.

Das teilte der Pressedienst des Grenzdienstes mit.

„Der Staatliche Grenzschutzdienst der Ukraine erklärt, dass die Erklärung des FSB der Russischen Föderation über den Beschuss aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine, wodurch der Dienstort der Grenzschutzbeamten der Russischen Föderation zerstört wurde, eindeutig Provokation ist“, heißt es in der Erklärung.

Der Bericht besagt, dass der genaue Ort, an dem sich der Vorfall ereignete, nicht genannt wurde, allen Daten zufolge liegt er 150 Meter von der russisch-ukrainischen Grenze entfernt in der Region Rostow.

Der Staatsgrenzdienst erinnerte daran, dass die Region Rostow auch an einen Abschnitt der ukrainischen Grenze grenzt, der nicht von Kiew kontrolliert wird und dessen Länge mehr als 400 km beträgt.

"Wir stellen fest, dass es keine Berichte über ungewöhnliche Situationen von Mitarbeitern der Streitkräfte des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation zur Information der GNSU-Einheiten (Grenzdienst der Ukraine) gibt. Gleichzeitig wiesen einige von russischen Quellen zitierte Quellen darauf hin, dass sich das fragliche Gebiet sich in der Nähe eines von der Ukraine nicht kontrollierten Grenzabschnitts im Bezirk Neklinowskij des Gebiets Rostow befinden könnte", heißt es in der Erklärung.

Zur Erinnerung: Am 21. Februar erklärte der FSB der Russischen Föderation, dass am Morgen „ein vom Territorium der Ukraine abgefeuertes Projektil eines nicht identifizierten Typs“ einen Grenzkontrollpunkt in der Region Rostow zerstört habe. Die Beteiligung der Ukraine an dem Beschuss wurde bereits vom Vorsitzenden des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Alexej Danilow, bestritten.

Dies ist nicht das erste Mal, dass die Ukraine beschuldigt wird, die Region Rostow „beschossen“ zu haben – am 19. Februar schrieben mehrere russische Medien, dass eine Granate im Bezirk Tarasowskij der Region Rostow „angekommen“ sei, und im Zusammenhang damit wurde ein Strafverfahren wegen des Beschusses eingeleitet. Der FSB behauptete, das Projektil stamme aus dem Territorium der Ukraine, Kiew nannte diese Information eine Fälschung.



https://img.strana.today/img/article/3780/hospohransluzhba-ukrainy-oproverhla-31_main.jpeg

Dan-news.info: Die Stromversorgung im Petrowskij-Bezirk von Donezk, die heute durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen unterbrochen wurde, ist wieder in Betrieb, teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

de.rt.com: **Kiew: Ukraine bereit, Kriegerrecht und Ausnahmezustand zu verhängen**

Der Präsident der Werchowna Rada Ruslan Stefantschuk hat erklärt, dass Kiew auf jede Entwicklung der Ereignisse vorbereitet ist, einschließlich der Verhängung des Kriegerrechts und des Ausnahmezustands. Er erklärte bei einem Briefing am Montag:

"Die Ukraine ist auf jede Entwicklung der Ereignisse vorbereitet, einschließlich der Verhängung des Kriegerrechts und des Ausnahmezustands, aber hoffentlich wird es nicht dazu kommen."

Er stellte jedoch klar, dass solche Vorschläge vom Präsidenten kommen müssen und fügte hinzu:

"Jede Information, die von mir käme, wäre völlig unbegründet, denn die Werchowna Rada entscheidet über die Einführung dieser Bestimmungen auf der Grundlage des geltenden Präsidialdekrets. Solange es keinen solchen Erlass gibt, gibt es nichts zu besprechen. Ich hoffe sehr, dass wir diese Entwicklung mit unserem Sieg auf politische und diplomatische Weise abschließen werden."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/original/62138230b480cc2f8b76302e.jpg>

Dan-news.info/lug-info.com: **Puschilin und Pasetschnik haben sich an Putin gewandt, mit der Bitte, die DVR und die LVR anzuerkennen**

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin und das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik Leonid Pasetschnik haben sich an den Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin mit der Bitte gewandt, die Unabhängigkeit der DVR und der LVR anzuerkennen.

„Im Namen des Volkes, des ganzen Volkes bitten wir Sie, die DVR als unabhängigen, demokratischen, rechtsstaatlichen und sozialen Staat anzuerkennen. Außerdem bitten wir darum, die Möglichkeit des Abschlusses eines Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der DVR und der RF zu behandeln, der eine Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung vorsieht“, sagte Puschilin.

„Ich bitte Sie, die Souveränität und Unabhängigkeit der Lugansker Volksrepublik anzuerkennen. Außerdem bitte ich darum, die Möglichkeit des Abschlusses eines Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen LVR und RF zu behandeln, einschließlich einer Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung“, sagte Pasetschnik.

rusvesna.su: **Der Kreml reagierte auf Berichte, dass Moskau eine „Abschussliste der Ukrainer“ habe**

Berichte über eine angeblich russische Liste von Ukrainern, die im Falle einer „Invasion“ der Ukraine „getötet und in Lager geschickt“ werden sollen, sind Fiktion und Fälschung. Dies erklärte der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow.

„Verstehen Sie, dass dies eine absolute Ente ist, dass dies eine Lüge ist? Das ist eine absolute Fiktion, eine solche Liste existiert nicht, es ist eine Fälschung“, antwortete Peskow auf die Frage von Journalisten, ob dem Kreml die Existenz einer angeblichen Liste von Ukrainern bekannt sei, die getötet oder in Lager geschickt werden sollten, im Falle einer „Invasion“ der Russischen Föderation in die Ukraine.

Zuvor hatte RIA Novosti einen Brief der Vereinigten Staaten an die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet erhalten, in dem die amerikanische Seite behauptet, dass die Russische Föderation angeblich Listen von Ukrainern erstellt, die im Falle einer Invasion getötet oder in Lager geschickt werden sollen.

Der Brief wurde von der US-Vertreterin im UN-Büro und anderen internationalen Organisationen in Genf, Bathsheba Nell Crocker, verschickt, um die Organisation zu warnen, dass die angebliche „Invasion“ der Russischen Föderation zu einer „Menschenrechtskatastrophe“ in der Ukraine führen würde.

In dem Schreiben finden sich keine direkten Beweise.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/kreml_11.jpg

novorosinform.org: Selenskij berief ein dringendes Treffen zur Offensive im Donbass ein – Insider

Laut dem Telegram-Kanal "Legitimny" wurde bei einem dringenden Treffen im Büro des Präsidenten ein Angriffsplan auf die Republiken von Donbass besprochen.

Der Autor des Kanals verweist auf seine eigenen Quellen.

Es wird präzisiert, dass Selenskij ein Bericht über Spannungspunkte im Donbass vorgelegt wurde, an denen bereits schwere Kämpfe im Gange sind.

„Nachts erwarten sie eine massive Verbindung von Artillerie und MLRS (Mehrfachraketenwerfer, A.d.Ü.). Jetzt wird eine weitere Runde von Telefonanrufen erwartet“, heißt es in dem Bericht.

Zuvor sagte der Sprecher der Werchowyna Rada Ruslan Stefanchuk, Kiew sei bereit für den Krieg und die Einführung des Ausnahmezustands im Land.



https://novorosinform.org/content/images/95/25/39525_720x405.jpg

de.rt.com: **Fake News über angebliche russische Invasion kosten Ukraine monatlich bis zu drei Milliarden USD**

Aufgrund von Veröffentlichungen über eine vermeintliche "Invasion Russlands" verliert die Ukraine bis zu drei Milliarden US-Dollar pro Monat. Dies erklärte das Präsidialbüro des Landes. Zu den Verlusten zählten entgangene Investitionen. Auch die Inflation mache zu schaffen.

Uneinbringliche Verluste der Ukraine durch die Verbreitung von Informationen über eine angebliche russische Invasion belaufen sich auf zwei bis drei Milliarden US-Dollar (1,7 bis 2,6 Milliarden Euro) pro Monat. Dies teilte der stellvertretende Leiter des ukrainischen Präsidialamtes, Rostislaw Schurma, in einem Interview mit RBC-Ukraine mit.

Gleichzeitig wies der Beamte darauf hin, dass der Haushalt der Ukraine durch die Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstitutionen vollständig "geschlossen" sei.

Schurma sagte:

"Wie wir sehen, belaufen sich die uneinbringlichen Verluste in einer derartigen Stresssituation auf zwei, drei Milliarden Dollar pro Monat. Dazu gehören gestoppte Investitionen, zusätzliche Inflation, Einbußen im Tourismus und weniger Flugreisen. Hinzu kommt der Spekulationsdruck auf den Finanzmärkten, der die Kreditaufnahme blockiert und den Wechselkurs unter Druck setzt, der sich auf etwa eineinhalb bis zwei Milliarden Dollar beläuft."

Wenn das "Stressniveau" gleich bleibe, könnten sich die monatlichen Verluste der Ukraine erhöhen, sagte Schurma. Falls sich die Lage jedoch stabilisiere, werde es in einigen Monaten überhaupt keine finanziellen Verluste mehr geben.

Seit Herbst vergangenen Jahres, als mehrere westliche Publikationen berichteten, Russland bereite eine militärische Invasion in der Ostukraine vor, ist eine neue Eskalationsrunde im Gange. Viele westliche Politiker, darunter US-Präsident Joe Biden und der britische Premierminister Boris Johnson, erhoben solche Vorwürfe gegen Russland. Wiederholt wurden konkrete Termine für die Invasion genannt und in den Publikationen wurden detaillierte Karten der russischen Offensive veröffentlicht.

Selenskij unterstützte einerseits westliche Erklärungen über eine bevorstehende russische Invasion, wies andererseits darauf hin, dass die russischen Streitkräfte dazu nicht in der Lage seien. Außerdem forderte der ukrainische Präsident die europäischen Partner auf, konkrete Beweise für die Invasion vorzulegen und die Medien aufzufordern, keine Panik zu schüren. Im Januar hatte CNN über die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem ukrainischen und dem US-amerikanischen Präsidenten über die "russische Bedrohung" berichtet. Nach

Angaben des US-Fernsehsenders habe Selenskij die Nase voll von der "übermäßigen Aufmerksamkeit" der USA für dieses Thema, während Biden nicht damit einverstanden sei, dass sein ukrainischer Amtskollege die Ernsthaftigkeit des Problems herunterspiele. Wiederholt betonte der Kreml, dass Moskau keine Pläne für eine Invasion in die Ukraine habe. Der russische Außenminister Sergei Lawrow bezeichnete westliche Versionen über angebliche Invasionsvorbereitungen als "Propaganda, Fälschungen und Erfindungen". Auch Wladimir Putin erklärte, Russland wolle keinen Krieg in Europa.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/621375feb480cc30bd2687da.jpg>

Lug-info.com: Die Ukraine hat die Wasserlieferungen in eine Reihe Regionen der Republik aus der Westlichen Filterstation eingestellt, teilt das staatliche Unternehmen der LVR „Luganskwoda“ mit.

Dies hat zur Folge, dass die Wasserversorgung für Perwomajsk vollständig eingestellt ist, eingeschränkt auf bis zu 60% ist sie in Stachanow, Kirowsk, Brjanka, dem Perewalskij-Bezirk und Slawjanoserbsk.

rusvesna.su: **Die russische Armee und der FSB traten in ein Gefecht mit ukrainischen Truppen ein, gepanzerte Fahrzeuge wurden zerstört**

Soldaten der russischen Armee und Grenzschutzbeamte des FSB traten in ein Gefecht ein und zerstörten eine ukrainische Spezialgruppe, die versuchte, in das Territorium der Russischen Föderation einzudringen.

Wie der Pressedienst des Südlichen Militärbezirks (SMD) berichtet, wurden fünf feindliche Soldaten vernichtet, die Verletzung der russischen Grenze wurde verhindert.

Zwei BMPs der Streitkräfte der Ukraine wurden ebenfalls zerstört, die die russische Grenze zur Notevakuierung der genannten Spezialgruppe überquerten.

Es gibt keine Opfer auf russischer Seite.

„Die Unterabteilung des südlichen Militärbezirks verhinderte zusammen mit der Grenzabteilung des FSB Russlands die Verletzung der Staatsgrenze Russlands durch eine Sabotage- und Aufklärungsgruppe aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine.

Am 21. Februar 2022 gegen 6:00 Uhr Moskauer Zeit entdeckte die Grenzabteilung des russischen FSB im Bereich der Siedlung Mitjajinskaja, Gebiet Rostow, auf dem Abschnitt der Staatsgrenze der Russischen Föderation mit der Republik Ukraine das Eindringen einer Sabotage- und Aufklärungsgruppe.

Um die Sabotagegruppe festzuhalten, forderte die FSB-Grenzabteilung Russlands Verstärkung von der Einheit der Formation der russischen Streitkräfte des südlichen Militärbezirks an, die für die operative Deckung der Staatsgrenze vorgesehen ist.

Während des Zusammenstoßes zur Notevakuierung der Sabotagegruppe aus dem Territorium der Ukraine sind zwei Infanterie-Kampffahrzeuge der Streitkräfte der Ukraine über die

Staatsgrenze zur Russischen Föderation eingedrungen.

Eine Einheit der russischen Streitkräfte eröffnete am Ort des Zusammenstoßes das Feuer mit Panzerabwehrwaffen, beide Infanterie-Kampffahrzeuge der Streitkräfte der Ukraine wurden zerstört. Infolge des Zusammenstoßes wurden 5 Angehörige der Sabotage- und Aufklärungsgruppe vernichtet.

Es gibt keine Opfer unter dem Militärpersonal der Streitkräfte der Russischen Föderation und den Grenztruppen des FSB Russlands“, heißt es in der Mitteilung des Südlichen Föderationskreises.

rusvesna.su: **Schwarzer Rauch steigt auf: Explosion und Brand im strategischen Wärmekraftwerk Lugansk**

Die ukrainische Seite meldet eine Explosion und einen Brand im Wärmekraftwerk Lugansk in der Stadt Stschatje (auf dem von Kiew besetzten Territorium der LVR, Red.), angeblich nach durch Beschuss.

Die Arbeit des Wärmekraftwerks wurde eingestellt, berichtet der Leiter der Besatzungsbehörde Sergej Gajdaj.

[Videoaufnahmen](#) von Augenzeugen zeigen dicken schwarzen Rauch, der aus dem Wärmekraftwerk aufsteigt. Es wird auch über die Explosion einer Tankstelle in der Nähe berichtet.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/doneck_vzryv_dym.jpg

de.rt.com: **Sacharowa zu Münchner Sicherheitskonferenz: Statt politischer Impulse nur Fake News**

Die Münchner Sicherheitskonferenz diene als Plattform zur Entwicklung von Informationsangriffen und Verbreitung von Fake News, anstatt sich mit sicherheitsrelevanten Themen zu befassen. Dies erklärte die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa.

Das russische Außenministerium hat die Tätigkeit der Münchner Sicherheitskonferenz kritisiert und ihr vorgeworfen, Fake News zu betreiben, anstatt sich ihrem eigentlichen Aufgabenbereich zu widmen. Im Gespräch mit dem russischen Fernsehsender Perwy kanal sagte die Behördensprecherin Maria Sacharowa über die Sicherheitskonferenz:

"Eigentlich soll sie sich mit sicherheitspolitischen Fragen befassen, aber sie beschäftigt sich mit der Entwicklung von Informationsangriffen und der Verbreitung von Fake News und demonstriert damit im Prinzip ihre eigene Hilflosigkeit."

Zuvor hatte das russische Außenamt die westlichen Medien bezichtigt, eine beispiellose Desinformationskampagne entfesselt zu haben, um Falschinformationen über eine angeblich geplante Invasion Russlands in die Ukraine zu verbreiten. Der Behörde zufolge zielt sie darauf ab, die Forderungen Russlands nach Sicherheitsgarantien zu diskreditieren und die

geopolitischen Ziele des Westens zu rechtfertigen.

Auch trotz der Rückkehr russischer Truppen zu ihren ständigen Einsatzorten nach der Beendigung der Militärmanöver hält der Westen weiterhin an seinen Behauptungen fest, wonach Russland angeblich Provokationen im Nachbarland vorbereite. Auf eine Frage, ob der Truppenabzug eine Deeskalation im Ukraine-Konflikt bedeuten könnte, hatte Kremlsprecher Dmitri Peskow vergangenen Dienstag gegenüber Reportern mitgeteilt, dass es sich dabei um einen "gewöhnlichen Ablauf" handle.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6213832ab480cc2f7011ba55.jpg>

rusvesna.su: **Medwedew: Russland ist bereit, extremem Druck zu widerstehen, wenn die LDVR anerkannt wird**

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, sagte, Russland sei bereit, dem extremen Druck im Falle der Anerkennung der Donbass-Republiken zu widerstehen.

Dies sagte Medwedew während einer dringenden Sitzung des Sicherheitsrates.

„Wenn der Donbass anerkannt wird, wird der Druck unermesslich sein, aber Russland weiß, wie man dem entgegenwirkt“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates.

„Es wird schwierig, aber nach einer Weile werden die Spannungen in unserem Land nachlassen. Scharfe Ecken sollten vermieden werden, aber die Realität ist, dass sich die Situation mit der Anerkennung des Donbass nach einer Weile abkühlen wird“, zeigte sich Medwedew zuversichtlich.

Gleichzeitig stellte er fest, dass ohne eine Verbesserung der Situation im Donbass der einzige Ausweg darin bestünde, die Subjektivität der DVR und der LVR anzuerkennen.

„Aber es gibt keine Anzeichen für eine Besserung“, betonte Medwedew.

Darüber hinaus stellte der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates fest: „Wenn wir über die Situation sprechen, die sich um die DVR und die LVR entwickelt hat, ist es ziemlich offensichtlich, dass die Ukraine diese Gebiete im Prinzip nicht braucht.“

Er erklärte, dass die Ukraine Donbass nicht brauche und Kiew die Region und die Menschen als Verhandlungsmasse verwende.

Er betonte, dass das Minsker Maßnahmenpaket der Ukraine auch mit Druck auf Kiew nicht umgesetzt werde.

Dmitri Medwedew erklärte, dass „das derzeitige Regime in der Ukraine die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen nicht benötigt, da dies die Wiederwahl von Wladimir Selenskij verhindern würde“.

Der Ex-Präsident Russlands erinnerte daran, dass etwa 800.000 Russen auf dem Territorium der Donbass-Republiken leben, und diese Tatsache könne nicht ignoriert werden.

Auch die Reaktion der Gesellschaft auf die Anerkennung von Donbass werde seiner Meinung nach positiv sein:

„Die Bürger unseres Landes – da wir alle in einem Haus leben, ist das alles mit großen Prozessen und einer militärischen Komponente verbunden – aber meines Wissens würden die meisten Bürger unseres Landes einen solchen Schritt unterstützen!“



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/medvedev_32.jpg

de.rt.com: **China wird Maßnahmen gegen US-Waffenverkauf an Taiwan ergreifen**

Trotz mehrfacher Warnungen aus Peking wollen die USA ein umstrittenes Waffengeschäft mit Taiwan abschließen. Dabei soll ein auf der Insel, die völkerrechtlich ein Teil Chinas ist, stationiertes Luftverteidigungssystem gewartet werden.

Die chinesische Regierung hat beschlossen, als Reaktion auf den US-Waffenverkauf an Taiwan Gegenmaßnahmen zu ergreifen und Sanktionen gegen die US-Rüstungskonzerne Lockheed Martin und Raytheon Technologies zu verhängen. Das erklärte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, am Montag auf einer Pressekonferenz, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. Der chinesische Diplomat erklärte: "Um die Souveränität und die Sicherheitsinteressen der Volksrepublik China zu schützen und in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Gesetzes zur Verhinderung ausländischer Sanktionen hat die chinesische Regierung beschlossen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um auf die Aktionen der amerikanischen Militärindustriunternehmen Lockheed Martin und Raytheon Technologies zu reagieren, die seit Langem an der Lieferung amerikanischer Waffen an Taiwan beteiligt sind."

Die chinesische Regierung fordert die Vereinigten Staaten auf, keine Waffen mehr an Taiwan zu verkaufen. Peking werde weiterhin alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um seine Souveränität und Sicherheitsinteressen zu schützen, so Wang Wenbin.

"China wiederholt seine Aufforderung an die US-Regierung und die relevanten Parteien, sich an das Ein-China-Prinzip und die Bestimmungen der drei gemeinsamen Kommuniqués zwischen den USA und China zu halten, Waffenverkäufe an Taipeh zu stoppen und jegliche Kontakte zwischen dem US- und dem taiwanesischen Militär einzustellen."

Er betonte, dass "China weiterhin alle notwendigen Maßnahmen ergreifen und seine Souveränität und Sicherheitsinteressen entsprechend der Entwicklung der Situation entschlossen verteidigen wird". Zuvor hatte die US-Regierung ein Geschäft im Umfang von 100 Millionen US-Dollar mit Taiwan zur Wartung von Patriot-Luftabwehrsystemen im Besitz des taiwanesischen Militärs genehmigt.

Im Rahmen der Ein-China-Politik sieht China Taiwan als chinesische Provinz an. Das ist auch die herrschende völkerrechtliche Ansicht. Die USA hatten sich in den 1970er Jahren offiziell zwar gleichfalls zu diesem Prinzip bekannt – ebenso wie die taiwanesischen Führung Anfang

der 1990er Jahre. Allerdings herrschen Differenzen hinsichtlich der genauen Auslegung des Ein-China-Prinzips.

Taiwan war jahrhundertlang Teil des chinesischen Reiches. Nach der Niederlage im Chinesischen Bürgerkrieg zogen sich die Nationalisten unter Chiang Kai-shek im Jahre 1949 auf die Insel zurück, wo sie beanspruchten, die alte "Republik China" gegen die Kommunisten auf dem Festland fortzuführen. Die jetzige taiwanesischen Regierungspartei DPP ist jedoch der Ansicht, dass Taiwan inzwischen ein neuer Staat geworden ist.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62138f1cb480cc2f7011ba86.jpeg>

de.rt.com: **Putin: Entscheidung über Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk wird heute getroffen**

Bei einer außerordentlichen Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates sagte der russische Präsident am Montag, das Ziel des Treffens sei es, weitere Schritte zum Donbass festzulegen. Die Leiter der selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk hatten Wladimir Putin zuvor gebeten, ihre Regionen als unabhängige Staaten anzuerkennen.

Das Ziel der außerordentlichen Sitzung sei es, weitere Schritte zum Donbass festzulegen, kündigte Wladimir Putin gleich vorweg an. Er unterstrich, dass er die Frage der Anerkennung nicht im Voraus mit den Mitgliedern des Sicherheitsrates besprochen habe. Kurz davor hatten sich die Leiter der selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk mit der Bitte an den russischen Präsidenten gewandt, die beiden Regionen als unabhängige Staaten anzuerkennen. Putin erklärte, Russland habe zunächst alles getan, um die Widersprüche in der Region friedlich zu lösen, doch die Situation ändere sich nicht zum Besseren. Kiew wolle die Minsker Abkommen nicht einhalten und habe dies auch mehrmals betont, so Putin. Falls die Ukraine in die NATO aufgenommen würde, begänne die Allianz mit der Rückeroberung der Krim, und die Bedrohungen für Russland nähmen um ein Vielfaches zu, resümierte der russische Staatschef.

An der Sitzung nahmen unter anderem Außenminister Sergei Lawrow und Verteidigungsminister und Sergei Schoigu sowie der Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB Alexander Bortnikow teil. Alle Mitglieder sprachen sich für die Anerkennung der beiden Republiken aus. Der Berater des russischen Präsidenten bei den Verhandlungen im Normandie-Format Dmitri Kosak sagte bei dem Austausch, es sei klar geworden, dass weder die Ukraine noch der Westen den Donbass brauchen. Er unterstrich, dass der Verhandlungsprozess über die Minsker Abkommen seit dem Jahr 2015 auf dem Nullpunkt sei. Auch Dmitri Medwedew erklärte, er gehe davon aus, dass die Ukraine die Minsker Abkommen nicht umsetzen werde. Laut Medwedew liegt es nicht im Interesse des ukrainischen Präsidenten, diese Vereinbarungen umzusetzen. Die überwiegende Mehrheit der Russen würde die Anerkennung der beiden Republiken unterstützen, mutmaßte der Vize-Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates.

Die Sprecherin des Föderationsrates Walentina Matwijenko meinte, die Ukraine brauche den Konflikt im Donbass, um die sich verschlechternde Wirtschaftslage zu rechtfertigen. Der Sprecher der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin erinnerte daran, dass die meisten Abgeordneten für den Antrag der Kommunisten gestimmt hatten, die Republiken anzuerkennen.

Auch weitere Mitglieder des Sicherheitsrats argumentierten, dass sich im Donbass eine kritische Situation entwickelt habe. Explizit dagegen sprach sich niemand aus. Nachdem Putin sich alle Meinungen angehört hatte, versicherte er, dass noch am Montag eine Entscheidung getroffen werde.

Die Lage in der Ostukraine bleibt äußerst angespannt. Wegen der Gefahr einer militärischen Eskalation haben die Leiter der selbst ernannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk zur Evakuierung nach Russland aufgefordert. Putin wies die Regierung an, jedem Flüchtling eine Soforthilfe in Höhe von 10.000 Rubel (rund 115 Euro) auszuzahlen. Bisher kamen etwa 61.000 Menschen aus dem Donbass nach Russland, hieß es am Montag aus dem russischen Katastrophenschutzministerium.

Um die Lage zu deeskalieren, ist ein Treffen zwischen Putin und US-Präsident Joe Biden geplant. Das Angebot kam von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, hieß es aus dem Élysée-Palast. Biden habe dem Treffen zugestimmt, allerdings unter der Bedingung, dass Russland vorher nicht in die Ukraine einmarschiere, teilte das Weiße Haus mit.

Indes fordert die Ukraine von der Europäischen Union mehr Druck auf Russland. Dazu zählte Außenminister Dmitri Kuleba bei einem Treffen mit den EU-Außenministern am Montag in Brüssel auch sofortige Sanktionen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6213b64cb480cc669f1471d7.jpg>

abends:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR E. Basurin zur gegenwärtigen Lage um 18:30

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt kritisch. Infolge der ukrainischen Aggression starb ein Zivilist, drei Schulen – Nr. 105 und 56 in Donezk, Nr. 47 in Gorlowka, das Zentrale Stadtkrankenhaus Nr. 14 in Donezk, zwei Wohnhäuser in Gorlowka in der Uliza Kasarzewa 9 und Uliza Moskaleneo 11 wurden beschädigt, außerdem wurde eine Stromleitung im Petrowskij-Bezirk von Donezk, die Unterstation „Tschekist“ in Staromichajlowka beschädigt, die Donezker Filterstation hat keinen Strom, die Wasserversorgung der Republik ist eingeschränkt.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner 37-mal das Feuer auf das Territorium der

Donezker Volksrepublik eröffnet. Davon 32 mal unter Einsatz von 122mm-Artillerie, Panzern, 120mm- und 82mm-Mörsern, es wurden 392 Artillerie- und Mörsergeschosse abgefeuert.

Außerdem wurden verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der DVR **mehr als 485 Artillerie-, Mörser- und sonstige Granaten abgefeuert.** Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **24 Ortschaften.** Um die Zivilbevölkerung zu schützen, waren unsere Verteidiger gezwungen, das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen zu erwidern, um die Feuerpunkte des Gegners zu unterdrücken.

Kämpfer der 36. Brigade haben **unsere Positionen im Gebiet von Kominternowo angegriffen.**

Infolge der ukrainischen Aggression starb ein Soldat der Volksmiliz der DVR, einer weiterer wurde schwer verletzt, zwei weitere leicht. Wir sprechen den Verwandten und Freunden unserer Verteidiger unser Mitgefühl aus.

Im Gebiet von **Nowoosowsk** haben Einheiten des Innenministeriums und des Staatssicherheitsministeriums in Zusammenarbeit mit Soldaten der Volksmiliz der DVR **Diversionsgruppen der ukrainischen Streitkräfte vernichtet,** die einen Versuch unternommen hatten, in Richtung der Staatsgrenze der RF durchzubrechen.

Die Verstöße wurden von der Vertretung der DVR im GZKK in der geltenden Zusammensetzung operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, die sich weigert auf unsere Anfragen nach einer Waffenruhe zu reagieren und operativ Maßnahmen zur Feuereinstellung von Seiten des Gegners zu unternehmen.

snews.de: **Scholz warnt Putin vor Anerkennung von Lugansk und Donezk**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat den russischen Präsidenten, Wladimir Putin, vor einer Anerkennung der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten gewarnt.

Ein solcher Schritt stünde "im krassen Widerspruch" zu den Minsker Abkommen zur friedlichen Beilegung des Konflikts in der Ostukraine und wäre ein "einseitiger Bruch" dieser Vereinbarungen seitens Russlands, sagte Scholz nach Angaben seines Sprechers am Montag in einem Telefonat mit Putin.

Der Kanzler habe den Präsidenten zur "sofortigen Deeskalation und zum Rückzug der Truppen von der Grenze zur Ukraine" aufgerufen. Russland habe auch eine besondere Verantwortung für die Waffenruhe in der Ostukraine. Zur Zeit berate sich Scholz mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski.

Zuvor hatte Russlands nationaler Sicherheitsrat Putin zur Anerkennung von Lugansk und Donezk aufgefordert. Mit Blick auf die wachsenden Spannungen wollte der Kremlchef noch am Montag die Entscheidung darüber treffen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/13/5430905_0:156:3071:1883_1920x0_80_0_0_9354a578e5771abb3b4a0e9093dafee7.jpg

dan-news-info: Der Sicherheitsrat Russlands unterstützte einstimmig die Anerkennung der Unabhängigkeit der Republiken Donbass

Die Mitglieder des russischen Sicherheitsrats haben sich für die Anerkennung der Souveränität der Volksrepubliken Donezk und Lugansk ausgesprochen. Das heutige außerordentliche Treffen unter dem Vorsitz des russischen Präsidenten Wladimir Putin wurde auf dem Fernsehsender Rossiya-24 übertragen.

Das Treffen war den Ereignissen im Donbass und der Erörterung des Appells der Staatsduma sowie der Staatsoberhäupter Denis Pushilin und Leonid Pasechnik gewidmet.

„Wir haben uns versammelt, um die Situation zu besprechen, die sich heute im Donbass entwickelt. Ich werde Sie kurz daran erinnern, was dort ursprünglich passiert ist, wie sich die Situation entwickelt hat. Obwohl Sie das alles schon sehr gut wissen. Um dennoch ein gemeinsames Bild zu haben, das uns helfen kann, angemessene Entscheidungen zu treffen,“ sagte der Präsident bei der Eröffnung der Sitzung.

„Die Kiewer Behörden haben zweimal militärische Strafoperationen in diesen Territorien ausgeführt. Offenbar sind wir zum dritten Mal Zeugen der Verschärfung der Lage.“

Der Vorsitzende der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, erinnerte daran, dass sich die russischen Abgeordneten zu dieser Frage bereits entschieden hätten, nachdem sie am 15. Februar während der Plenarsitzung einen entsprechenden Aufruf angenommen hatten.

Die meisten Teilnehmer des heutigen Treffens wiederholten die These, dass die ukrainischen Behörden nicht mit dem Donbass verhandeln werden, um ihre Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen zu erfüllen. Erwähnt wurde auch die große Zahl von Einwohnern der Volksrepubliken, die vereinfacht die russische Staatsbürgerschaft erhielten. Außerdem drückten alle Redner ihre Unterstützung für die Idee aus, DVR und LVR anzuerkennen.

„Wir können nicht acht Jahre lang gleichgültig zusehen, wie unsere Landsleute, unsere Bürger schikaniert werden, deshalb sehe ich keinen anderen Weg“, sagte etwa Außenminister Sergej Lawrow.

„Ich glaube, dass uns keine andere Wahl bliebe, also sage ich definitiv ja. Ja, es muss anerkannt werden“, sagte Verteidigungsminister Sergej Schoigu und betonte, dass die Ukraine entschlossen sei, den Konflikt mit Gewalt zu lösen.

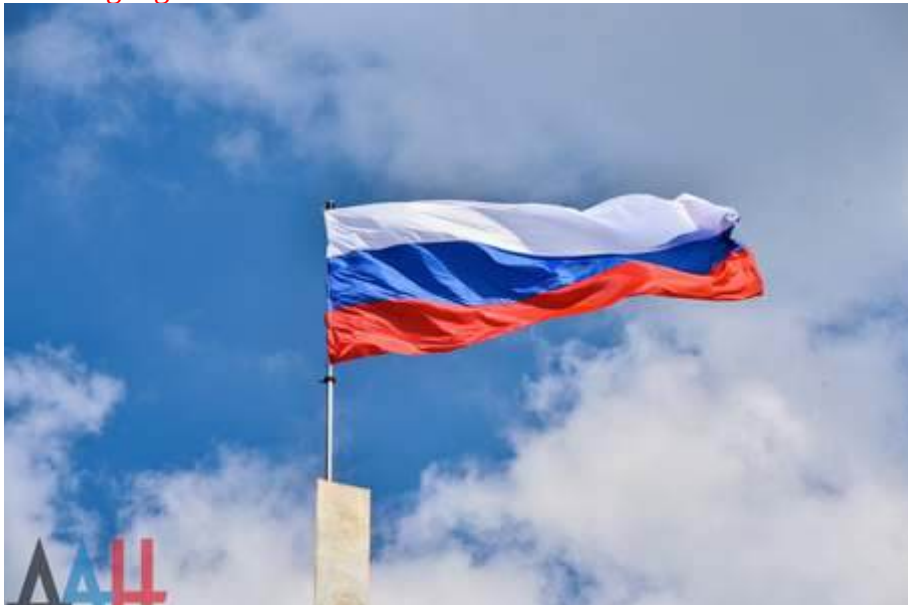
Der Leiter des russischen Verteidigungsministeriums erklärte, dass sich derzeit Tausende von Waffen in der Konfliktzone befinden, darunter 345 Panzer, 2.160 gepanzerte Kampffahrzeuge, 160 MLRS-Anlagen und taktische Raketensysteme Totschka U. Laut Shoigu "konzentrieren sich 59.300 Soldaten in der Nähe der Grenzen der DVR und der LVR", nicht mitgerechnet die Vertreter ukrainischer nationalistischer Gruppen.

„Seit einigen Jahren schauen die Bürger der Volksrepubliken Lugansk und Donezk hoffnungsvoll zu und bitten die Russische Föderation, sie zu schützen. In der Hoffnung zu leben, zu arbeiten, Kinder großzuziehen, in Frieden zu leben. Ich bin absolut davon überzeugt, dass es notwendig ist, ihr Recht auszuüben und sie zu schützen“, sagte Alexander Bortnikov, Direktor des Föderalen Sicherheitsdienstes.

Meinungsverschiedenheiten gab es dahingehend, ob die Republiken sofort anerkannt werden sollten oder ob in der Hoffnung, dass die Ukraine noch zur Einhaltung der Vereinbarungen von Minsk bewegt werden könnte, ein Aufschub (die Rede war von wenigen Tagen – A.d.Ü.) erfolgen sollte. Letzterer Standpunkt wurde insbesondere vom Sicherheitsratssekretär Nikolai Patruschew geäußert. Sie wurde auch vom Premierminister der Russischen Föderation Michail Mischustin unterstützt.

„Ich habe Ihre Meinung gehört, die Entscheidung wird heute getroffen“, fasste Wladimir Putin zusammen.

Die Oberhäupter der DVR und der LVR, Denis Puschilin und Leonid Pasetschnik, wandten sich heute früh an den russischen Präsidenten Putin mit der Bitte, die Unabhängigkeit der Republiken Donbass anzuerkennen. Sie forderten den russischen Präsidenten auch auf, Freundschafts- und Kooperationsverträge abzuschließen, einschließlich einer Verteidigungsklausel.



https://dan-news.info/storage/c/2021/08/22/1629631689_633583_36.jpg

snanews.de: **Schoigu: Ukraine bereitet Provokationen im Donbass vor**

Die Ukraine befindet sich laut dem russischen Verteidigungsminister, Sergej Schoigu, in einer hohen Kampfbereitschaft und bereitet offenbar entweder Provokationen oder eine gewaltsame Lösung des Konflikts um den Donbass vor.

„Im Allgemeinen ist die Situation äußerst angespannt, seit dem 14. Februar beobachten wir ... Bemühungen, die Kampfbereitschaft tatsächlich auf die Spitze zu bringen, was darauf hindeutet, dass man entweder große ernsthafte Provokationen oder eine gewaltsame Lösung in Bezug auf den Donbass vorbereitet,“ sagte Schoigu am Montag in einer Sondersitzung des russischen Sicherheitsrates.

Schoigu zufolge ist es notwendig, die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk anzuerkennen.

„In dieser Situation hat man uns keine Wahl gelassen. Deshalb sage ich eindeutig ‚ja‘. Ja, wir müssen anerkennen“, sagte Schoigu.

Zahlreicher Beschuss gemeldet

Nahezu 60.000 ukrainische Militärs seien in der Nähe der Grenzen von Donezk und Lugansk

stationiert, so Schoigu weiter.

Dabei zählen ihm zufolge die „nationalistischen Bataillone, über die man viel redet und viel schreibt, nicht dazu.“

Vom 19. bis 20. Februar beschoss das ukrainische Militär Donezk mehr als 107 Mal, wobei es in mehr als 70 Fällen schwere Waffen einsetzte.

„Während des 19. und 20. Februar gab es mehr als 107 Beschießungen, mehr als 70 davon waren mit schweren Waffen – 122-mm-Kanonen, Mörsern. Im Ergebnis der Handlungen sowohl von Sabotagegruppen als auch von Artillerie gibt es praktisch kein Wasser in der Stadt Donezk“.

Schoigu präzisierte, dass in der vergangenen Nacht im Donbass mehr als 40 Beschießungen registriert worden seien.

„All dies sind unserer Meinung nach im Grunde vorgegebene Ziele. Das heißt, es handelt sich nicht um spontanes Feuer, sondern um gezieltes Feuer – das heißt, sie wissen, was sie treffen wollen“, sagte der Minister.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/15/5461700_0:118:3219:1929_1920x0_80_0_0_64616f00ab9f6c47a42320e6921bd550.jpg

snanews.de: **Lawrow: Weitermachen bei Sicherheitsfragen trotz Blockadehaltung im Westen**

Russland ist nach Angaben seines Außenministers weiterhin dazu bereit, gemeinsam mit dem Westen nach Wegen zu einer verlässlichen Sicherheit in Europa zu suchen. Voraussetzung für ein Gelingen der Verhandlungen ist jedoch die Beachtung der fundamentalen Sicherheitsinteressen der Russen.

Natürlich könne auch über Themen gesprochen werden, die die Amerikaner aus den russischen Sicherheitsvorschlägen für sich herauspickten, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow in einer außerordentlichen Sitzung des russischen Sicherheitsrats am heutigen Montag: „Dies werden wir aber tun, während wir gleichzeitig darauf bestehen, Antworten auf die wichtigen Fragen zu bekommen, die uns beunruhigen.“ Die Ausweitung der Nato in den Osten einzustellen, gehöre ebenso zu diesen Fragen wie die „Konfiguration der Nato-Präsenz in Europa“ zu überprüfen – vor allem die Präsenz der Allianz in Mittel- und Osteuropa – unter Berücksichtigung dessen, was im Nato-Russland-Rat vereinbart worden sei.

Das Vordringen der Nato in den Osten einzustellen, ist ein zentraler Punkt in den Sicherheitsvorschlägen, die Russland Ende letzten Jahres an den Westen gerichtet hat. Eine wichtige Forderung an die Nato in diesem Dokument ist der Verzicht auf den Aufbau militärischer Stützpunkte in den ehemaligen Sowjetrepubliken und die Absage an die Aufnahme der Ukraine in die transatlantische Allianz.

„Sicherheitsfragen sind kein Wunschmenü“

Gerade dieses Risiko sieht die russische Führung mit großer Sorge, würde doch die Aufnahme des Nachbarlandes in die Nato für Russland eine Zunahme der Bedrohungen bedeuten. Die Spannungen rund um die Ukraine, so Lawrow, würden ohnehin vom Westen gefördert: „Der einzige Konflikt, in dem die eine Konfliktpartei der anderen Konfliktpartei das Gespräch verweigert, was vom Westen weitestgehend unterstützt wird, ist der Konflikt im Osten der Ukraine.“

Darüber hinaus bestehe in der russischen Führung der Eindruck, die Kollegen im Westen würden versuchen, die russischen Sicherheitsvorschläge aufzuweichen – das heißt: „Einzelne nebensächliche, wenn auch wichtige Aspekte herauszutrennen, um auf diese Weise den Dialog zwar zu erhalten und die Risiken zu vermindern, aber die Kerninteressen der USA und ihrer Verbündeten bei der rücksichtslosen Ausweitung der Nato ebenso unberührt zu lassen wie ihre Freiheiten bei der Bestimmung der Kräfteverhältnisse im Nato-Raum und im Nato-nahen Raum.“

Westen lässt Bereitschaft zu Entgegenkommen vermissen

Dabei seien die russischen Sicherheitsvorschläge keine Auswahl, aus der man nach Belieben das Beste für sich heraussuchen könne. Die Vorschläge seien in ihrer Gesamtheit zu betrachten. Lawrow: „In diesem Dokument haben wir deutlich gemacht, dass unsere Vorschläge kein Wunschenü sind, aus dem man etwas aussuchen könne. Sie sind auch kein Ultimatum. Sie gründen sich einfach nur auf der augenscheinlichen Tatsache, dass die Situation, in der die Welt sich befindet, nur ganzheitlich gelöst werden kann.“

Hierbei kommt es auch auf die Bereitschaft des Westens an, Russland entgegenzukommen. Kleine Schritte seien auch schon erkennbar. „Unwesentliche Schritte, aber es gibt sie“, so der russische Außenminister. „Die Konsequenz und die Prinzipientreue, die wir an den Tag legen, haben die USA und ihre Verbündeten natürlich aufgerüttelt.“ Doch bei den Kernfragen der Sicherheit lasse der Westen den Willen vermissen, auf Russland zuzugehen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/12/5415512_0:138:3151:1910_1920x0_80_0_0_e7cf6a8c2c0c4084cf1d996af7e37850.jpg

snanews.de: Putin: Donbass-Verhandlungen in Sackgasse festgefahren

Die Verhandlungen über die Beilegung der Donbass-Krise sind nach Worten von Russlands Präsident Wladimir Putin in eine Sackgasse geraten.

„Der gesamte Prozess ist in einer Sackgasse. Wir verhandeln bereits seit acht Jahren, darum geht es“, sagte der Staatschef am Montag in einer außerordentlichen Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates in Moskau.

Zuvor hatte der Vizechef der Präsidentialverwaltung, Dmitri Kosak, in der Sitzung mitgeteilt, dass die Verhandlungen über die Umsetzung der Minsker Friedensabkommen seit 2015 nicht vorangekommen seien. Der Verhandlungsprozess sei auf der Null-Marke geblieben.

„Kiew wird die Minsker Abkommen nie umsetzen. (...) Es liegt klar auf der Hand, dass sie (Ukrainer) weder mit noch ohne Minsk vorgehen. Sie haben keine Absicht, den Donbass in den Staatsverband der Ukraine zurückzuholen“, sagte Kosak.

Der Vizechef des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma, Wjatscheslaw Nikonow, geht davon aus, dass Präsident Putin die Entscheidung über die Anerkennung der beiden selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk bereits getroffen habe, nachdem der Sicherheitsrat ihn mit Nachdruck dazu aufgefordert hatte. Es drohe eine neue, dritte Operation der Ukraine gegen den Donbass, sagte Putin nach der Sitzung des Sicherheitsrates. Nikonow zufolge dürften dann Verträge über Freundschaft und militärischen Beistand mit den beiden Republiken ohne Verzug unterzeichnet werden. Er denke, dass die Texte der Dokumente „fast fertig“ seien, sagte der Parlamentarier.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/15/5462424_0:92:2508:1503_1920x0_80_0_0_8c1280c3dd4b76cf522167aaadec09f4.jpg

rusvesna.su: **Wladimir Putin: Wir werden alles tun, um die ukrainischen Mörder zu bestrafen!**

Der russische Präsident Wladimir Putin versprach während seiner Rede, alles zu tun, um die ukrainischen Radikalen zu finden und zu bestrafen, die Terror inszenierten, einschließlich der Banditen, die am 2. Mai 2014 ein ungeheuerliches Massaker an den Gegnern des Putsches in Odessa verübt hatten.

„Die Radikalen organisierten echten Terror, ukrainische Städte wurden von einer Welle der Gewalt und Morde überrollt.

Es ist unmöglich, sich ohne Schaudern an die Tragödie in Odessa zu erinnern, wo Menschen getötet und verbrannt wurden.

Sie sind noch immer nicht bestraft worden. Wir kennen sie mit Namen und werden alles tun, um sie zu bestrafen, zu finden und vor Gericht zu bringen!“ Putin betonte.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/odessa_5.jpg

de.rt.com/snanews.de: **Putin kündigt Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk an**

Angesichts der katastrophalen Lage in der Donbass-Region hat der russische Präsident Wladimir Putin am Montagabend erklärt, Russland müsse die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk anerkennen. Nach einer Fernsehbotschaft an die Nation zu den Gründen für diese Entscheidung unterzeichnete Putin das entsprechende Dekret. Die Bevölkerung der Donbass-Region werde nach Worten Putins "gequält", wobei die sogenannte "zivilisierte Welt" davor die Augen schließe.

Zu Beginn seiner Rede erinnerte Putin an die gemeinsame Geschichte mit der Ukraine. Die moderne Ukraine sei voll und ganz vom bolschewistischen Russland gegründet worden, so der Präsident.

Außerdem betonte der russische Staatschef weiter, ein NATO-Beitritt der Ukraine sei eine direkte Bedrohung für die Sicherheit Russlands. Die Eindämmung Russlands sei das Hauptziel der NATO heute und Russland sei zum Feind der Allianz gemacht worden. Der Präsident verwies darauf, dass die Welt trotz russischer Proteste schon fünf Wellen der NATO-Erweiterung erlebt habe. Dies sei ein Verstoß gegen die Versprechungen der westlichen Staaten an die Sowjetunion während der Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands. Russland habe das volle Recht, Gegenmaßnahmen zu treffen, um seine Sicherheit zu gewährleisten, erklärte Putin.

Russland habe sich dem Präsidenten zufolge eine lange Zeit darum bemüht, die territoriale Integrität der Ukraine zu bewahren. Kiew wolle aber einen "Blitzkrieg" in der Ostukraine durchführen, so der russische Staatschef.

Zuvor hatte der Pressedienst des Kremls nach den Telefongesprächen des russischen Präsidenten mit Bundeskanzler Olaf Scholz und dem französischen Staatschef Emmanuel Macron mitgeteilt, Putin habe Berlin und Paris über seine Absicht informiert, das Dekret zur Anerkennung der DVR und LVR zu unterzeichnen. Nach Angaben des Kremls sollen Scholz und Macron ihre Besorgnis über die Entscheidung Moskaus zum Ausdruck gebracht aber versichert haben, dass Deutschland und Frankreich vor diesem Hintergrund nicht vorhaben, Kontakte mit Russland und Bemühungen um eine diplomatische Lösung des Konflikts aufzugeben.

Nach seiner Ansprache hat Putin im Beisein der Republikchefes von Donezk und Lugansk den Text der Anerkennung der beiden Volksrepubliken unterzeichnet sowie mit beiden Republiken Verträge über gegenseitige Freundschaft und Unterstützung

geschlossen, die die Chefs der beiden Volksrepubliken gegenzeichneten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6213ed67b480cc29af0c079e.jpg>